

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“.

erscheint zunächst monatlich zweimal (Sonnabends). Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saarverein, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94. Bezugspreis vierteljährlich M. 2.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer M. 0,40 einschl. ortsüblichen Teuerungszuschlages.

Ein Schreckensurteil.

Saarbrücken, 20. Oktober. Der ehemalige Abgeordnete und Redakteur Karl Ollmert aus Saarbrücken, der bekanntlich am 26. Juli d. J. an der Grenze des Saarlandes verhaftet wurde, weil er angeblich Dokumente des Heimdienstes bei sich trug, wurde heute vom Kriegsgericht der Saartruppen nach zweieinhalbstündiger Verhandlung in contumaciam wegen Hochverrats und Spionage zu lebenslänglicher Deportation in ein besetztes Truppenlager Frankreichs verurteilt.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Redakteur Karl Ollmert aus Saarbrücken war im Sommer d. J. auf der Rückreise von einer Kulturkonferenz, die auch die Förderung der Kulturbedürfnisse des Saargebietes zum Gegenstand hatte, beim Ueberschreiten der Grenze des Saargebietes in Homburg i. d. Pfalz von einem französischen Spitzel widerrechtlich seiner Aktenmappe beraubt worden. Noch mehr; Ollmert wurde widerrechtlich von französischen Gendarmen festgenommen und nach Saarbrücken ins Gefängnis geschleppt. Beschuldigt wurde er: in seiner Mappe seien Dokumente des Heimdienstes gefunden worden.

„Heimdienst“ ist für die Franzosen ein Schreckgespenst, obwohl ihnen allmählich bekannt sein mußte, daß der Heimdienst, der nur die innerpolitische Aufklärung zur Aufgabe hat, schon seit Jahr und Tag seine Tätigkeit im besetzten Gebiet eingestellt hat, nur um den Franzosen auch jeden Vorwand zu Nörgeleien zu nehmen. Aber sie brauchen eben ein Schreckgespenst, um ihre wahnsinnige Militärherrschaft aufrechterhalten zu können. Zu einem Diener dieses Schreckgespenstes mußte auch Ollmert von den Franzosen gestempelt werden, um Mißtrauen in die Herzen der Saarländer einzuträufeln und sie gegen die Männer aufzuheizen, die sich den Verwelschungsversuchen der Franzosen entgegenstellen. Ollmert war den Franzosen ein solches Hindernis in ihren Plänen. Gegen ihn mußte ein zerschmetternder Schlag geführt werden. Die „Dokumente“ aus der Aktenmappe sollten herhalten. Struppellos ist der französische Spitzeldienst nie gewesen, auch nicht im Saargebiet, wo der Völkerbund der Herr ist, aber der Raub der Akten Ollmerts ist doch mit eine der schändlichsten Taten. Das sah man auch auf Seiten der Regierungskommission, des Treuhänders auch der deutschen Rechte im Saargebiet, ein. Nach einem kurzen Scheinverhör entließen die französischen Herren, die sich mit der Sache befaßten, Herrn Ollmert wieder, und es wurde das Gerücht verbreitet, die ganze Sache beruhe auf einem Mißverständnis bei der Zollrevision.

Und die „Dokumente“? Die Saarregierung behielt sie. Sie hatte sie peinlichst durchstudiert. Warum wurde Ollmert entlassen, wenn die Dokumente irgendetwas enthielten, was dem späteren ungeheuerlichen Urteil des französischen Kriegsgerichtes auch nur einen Schein des Rechtes gab? Warum in aller Welt ließ man ihn frei

herumlaufen? Warum sagte der oberste Leiter des saarländischen Polizeidienstes, der Franzose Adler, als er Ollmert widerwillig freigab, daß, wenn Ollmert im besetzten Gebiet, wo die französischen Kriegsgerichte ihr bevorzugtes Wesen treiben, gefaßt worden wäre, er seiner fünf Jahre Gefängnis sicher sein könnte? Also: im Saargebiet konnten die Franzosen Ollmert nichts anhaben, der nichts begangen hatte, als daß er sich um die Förderung der Kultur des Saarlandes bemühte und deshalb mit Deutschen in Verbindung stand, weil doch nun einmal die Saarländer deutsch sind. Wer will dies verwehren? Seit wann sollte das widerrechtlich sein? Niemand kann daran Anstoß nehmen, nur die französischen Propagandisten Richert und Genossen, die für ihre durchaus widerrechtliche Agitation für eine Französisierung des Gebietes freie Bahn haben möchten.

Will die Regierungskommission diesen Bestrebungen freie Bahn geben? Ihnen alle Hindernisse aus dem Weg schaffen? Man sollte es glauben nach der Affäre Ollmert.

Als vier Wochen danach der Beamtenstreik ausbrach, mußte der „Dossier Ollmert“ herhalten. Die Regierungskommission entdeckte plötzlich, nach vier Wochen, daß in den Dokumenten Ollmert, in denen es sich um Theater, Schulen, Konzerte, Orchestervereine, Sportvereine handelte, die Quellen des Beamtenstreikes zu finden seien. In Maueranschlägen verkündete sie das. Sie legte die Dokumente den Führern der Streikbewegung vor und erntete nur ein abweisendes Lächeln. Die Veröffentlichungen aus den Dokumenten offenbarten nichts Strafbares, nichts, was gegen irgendein geschriebenes oder ungeschriebenes Gesetz verstoßen könnte.

Aber inzwischen war der Belagerungszustand erklärt, die Herrschaft an das französische Militär übergegangen. Jetzt konnte Ollmert vor ein Kriegsgericht gestellt werden, jetzt ein neuer Haftbefehl gegen ihn erlassen werden, dem er sich durch die Flucht entzog. Entgegen dem klaren Wortlaut der Vertragsbestimmungen hat das französische Militär nichts mehr im Saargebiet zu suchen, sind also auch die französischen Kriegsgerichte widerrechtlich. Trotzdem übergab die Regierungskommission, die selbst nichts gegen Ollmert unternehmen konnte, weil nichts Strafbares gegen ihn vorlag, die Dokumente dem französischen Militärgericht.

Und dieses trat erst zwei Monate nach Aufhebung des Belagerungszustandes zur Aburteilung zusammen. Zu einer Zeit also, als das Militär nichts mehr zu sagen hatte. Das sind bedenkliche Symptome für die Stellung der Regierungskommission den französischen Militaristen gegenüber.

Dies Urteil wird von ungeheuerlicher Wirkung sein, nicht für Ollmert, sondern für die Mitglieder der Regierungskommission, die ein solches Urteil zuließen. Sie, denen das Wohl der Bevölkerung anvertraut wurde, ließen einen Rechtsbruch zu, der in allergrößter Art begangen wurde von einer fremden Macht auf saarländischem Boden einem Einwohner des Saargebietes gegenüber. Das kann kein Vertrauen erwecken. In ihrem eigenen Interesse mußte die Regierungskommission nicht eine Revision, sondern eine glatte Ungültigkeitserklärung dieses Urteils veranlassen.

Der Ankläger vor dem Gericht wagte nicht mehr die Vächerlichkeit, die Theaterdokumente Ollmerts mit dem Beamtenstreik in Verbindung zu bringen. Das wäre doch nach dem Vorgang der Saarregierung und nachdem das Militär gerade wegen des Streiks gegen Ollmert eingeschritten war, das nächstliegende gewesen. Das Kriegsgericht mußte eine neue strafbare Handlung gewaltsam konstruieren, was nach den bisherigen Erfahrungen mit den französischen Kriegsgerichten im eigenen Lande und erst recht im besetzten Gebiet nicht mehr überraschen konnte. Siehe Prozeß Drenfus und Mainzer Spionageprozeß. Die Anklage gegen Ollmert gründete sich auf drei Punkte.

1. Ollmert hat Machenschaften gepflogen mit den Leitern des Heimatdienstes.
2. Der Heimatdienst ist eine Staatsangelegenheit, die aus den Mitteln des Deutschen Reiches unterhalten wird.
3. Die Machenschaften Ollmert's gingen darauf hinaus, Deutschland die Mittel zu liefern, die geeignet waren, Deutschland die Mittel zu einem Kriege gegen Frankreich zu verschaffen. Interessant ist die Beweisführung des Anklagevertreters zu Punkt 3. Die Arbeit des Heimatdienstes sei in mystisches Dunkel gehüllt. Überall empfehle man Diskretion. Man dürfe die Aufmerksamkeit der französischen Behörde nicht erwecken. Die Agenten seien mit Pseudonymen gezeichnet. Der Heimatdienst fürchte das Tageslicht. Wer ein ruhiges Gewissen hätte, brauche nicht im Dunkeln zu arbeiten. Die bei dem Abgeordneten Ollmert beschlagnahmten „Dokumente“ enthielten bekanntlich nur Mitteilungen über die kulturelle Förderung des Saargebietes. Leider ist es heute im ganzen französisch besetzten Gebiet, insbesondere im Saargebiet und der Pfalz, so weit gekommen, daß man vorsichtig sein muß, sich offen zu seinem Deutschtum zu bekennen, da man sonst Schikanen von seiten der französischen Behörden ausgeht.

Der Anklagevertreter hat in seiner Rede erklärt, es sei noch niemand verurteilt worden, weil er sich zum Deutschtum bekannt hätte.

Dem möchten wir folgende Tatsachen gegenüberstellen: 1. Aus dem Saargebiet wurden weit über 100 Beamte und Privatpersonen ausgewiesen, die mit dem Streik durchaus nichts zu tun hatten. Die Ausweisungen geschahen nur deswegen, weil die betroffenen Herren wegen ihrer deutschen Gesinnung auf der französischen schwarzen Liste standen. 2. Die Franzosen unterhalten, wie im besetzten Gebiet allgemein bekannt ist, und wie durch die Meldung des „Berliner Tageblattes“ über das groß angelegte Mainzer Spionagebureau der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden ist, viele Hunderte von Agenten und Spikeln mit der Aufgabe, die Gesinnung der Bevölkerung auszuschnüffeln. 3. Die Gesinnungsschnüffelei der Franzosen schreckt auch nicht vor offener Verletzung des Friedensvertrages zurück. So haben sie im besetzten Gebiet „fliegende Postkontrollen“ eingerichtet, die in rücksichtsloser Weise den gesamten Brief-, Telegramm- und Telefonverkehr überwachen und selbst eingeschriebene Briefe öffnen. Diese Postkontrollen machen nicht nur Stichproben, sondern öffnen systematisch die ganze Korrespondenz, woraus hervorgeht, daß diese Postkontrolle an Hand schwarzer Listen arbeitet. 4. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes fühlt sich von französischen Spikeln umlauert und umschnüffelt. Niemand kann einem Deutschen im besetzten Gebiet einen Vorwurf daraus machen, wenn er für die Erhaltung des Deutschtums ein-

tritt. Es ist seine Pflicht. Traurig und höchst bezeichnend für die „ritterliche“ französische Nation ist es, wenn die Männer, die im besetzten Gebiet für das Deutschtum eintreten, aus berechtigter Furcht vor der französischen Rache nicht offen sich zu Deutschland bekennen dürfen. Es ist eine bodenlose Heuchelei, wenn der Anklagevertreter sagte: „Sicherlich, wenn das Kriegsgericht die Saarländer, welche erklären, Deutsche bleiben zu wollen, zu Gefängnisstrafen verurteilen wollte, dann könnte man sich die Heimlichkeit dieser Propaganda (des Heimatdienstes) erklären.“ Gut gebrüllt, Löwe! So töricht ist selbst der französische Militarismus nicht, daß er das bloße Bekenntnis zum Deutschtum durch Kriegserichtsurteile ahnden läßt. — Dafür hat er weit geeignetere und sicherer wirkende Mittel zur Verfügung, die den Bewohnern des besetzten Gebietes nur zu gut bekannt sind. Das wirksamste davon ist das Damoklesschwert der Vertreibung von Haus und Herd, das über eines jeden Hauptes schwebt, und tagtäglich auf ihn niederfallen kann. Das sei die Antwort auf die heuchlerische Frage des Anklagevertreters: „aber wann hat man jemanden verurteilt, weil er gesagt hat, er wolle Deutscher bleiben?“

Den Gedanken an einen „Revanchekrieg“ hat im besetzten Gebiet kein Mensch mehr. Er existiert nur im Hirne hysterischer französischer Chauvinisten vom Schlage „Echo du Rhin“.

Die „Beweisführung“ über diesen Punkt in der Anklage gegen Ollmert ist denn auch überaus kläglich. Sie vermag nicht den Schatten eines Beweises beizubringen. Aber dennoch wird Ollmert verurteilt, genau so verurteilt, wie seinerzeit der Franzose „Drenfus“ auf Grund von gefälschten „Beweisstücken“. Seither weiß man, was man von französischen Kriegsgerichten und ihren Urteilsprüchen zu halten hat. Von neuem haben wir es erfahren, daß System in dieser militaristischen Scheinjustiz liegt, als die drafonischen Urteile gegen wehrlose deutsche Gefangene, die sich keines tatsächlichen Vergehens schuldig gemacht haben, bekannt wurden. Allem aber setzt die Krone auf der Prozeß Ollmert mit seinem wahnwitzigen Schreckensurteil.

Und wo sind nun die „Schüler des Saargebietes“ in der großen deutschen Presse? Wo tritt man für den deutschen Volksgenossen ein, der Opfer wurde eines der ungeheuerlichsten Urteile, die je widerrechtlich von fremder Macht auf fremdem Boden gefällt wurden? Es genügt nicht eine bloße Bemerkung des Bedauerns. Das Recht wurde gebrochen, vergewaltigt. Deutschland hat nur noch das Recht als Verteidiger. Auch dieses noch dem französischen Militarismus preisgeben... dann allerdings: ade, deutsches Volk!

Der Saarlande Not unter der Fremdherrschaft.

Bekanntlich ist nach dem Versailler Friedensvertrag der Völkerbund der Treuhänder

für die Verwaltung des noch immer unter deutscher Souveränität stehenden Saargebietes und hat als solcher die Verpflichtung, die Verwaltung des Saargebietes nach den allgemeinen für einen Treuhänder geltenden Grundsätzen zu führen. Gewiß ist diese staatsrechtliche Lage ein für die rein deutsche Bevölkerung des Saargebietes nicht leicht erträglicher Zustand. Aber man könnte sich immerhin mit ihm abfinden, wenn die Regierungskommission des Saargebietes, durch welche der Völkerbund seine Treuhänderaufgabe erfüllen läßt, sich ihrer Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt wäre und die ihr zugestandenen Pflichten ernst nähme. Leider ist es, wie gerade die neueren Ereignisse zeigen, in keiner Weise der Fall. Geradezu charakteristisch für die Unbekümmertheit und Oberflächlichkeit, mit welcher die Regierungskommission des Völkerbundes die Geschäfte wahrnimmt, ist die

Behandlung der Beamtenfrage,

über die das griechische Mitglied des Rates, Kalamanos, das Referat erstattet. Ueber das viel besprochene Be-

amtenfrage von dem der Unpa Gewähr sich dieser beschränkt Tatsache, Hand und daß seinem G kommt d Umstände sich be wichtig Kommissi für sich g mit de Rechts der re haupt zu Referent um den lich, daß heiten e Beam t Leben d Geradezu der Regi es wohl Bestimm wendung Beamten pflichttr Willfür der geg stehenden das alle Luft sch hohe R eine we Mitglie seinen V Ueber d des Sa äußert s mit ein Zusamm bundes man i über wenig völte nötig einen müsse zuje Herrn Grund zugehen vollen im Sa lachlich kommi der S Völker leitiger bundsr legenh Bevölk Regier seiner seiner daß de ist ger ihm e Leider höflich ausfor mit d komme Völk vert über vollfor rungs wahr

amtenstatut: wußte er nur zu sagen, daß das Statut von demokratischen Gesichtspunkten ausgehe, daß es vom Geiste der Unparteilichkeit eingegeben sei und den Beamten sichere Gewähr gegen jeden Arbeitsmißbrauch biete. Auf welche Gründe sich dieser Eindruck stützt, unterläßt der Referent anzugeben und beschränkt sich auf die Feststellung der von niemand bestrittenen Tatsache, daß die Regierungsgewalt im Saargebiet aus der Hand Deutschlands in die des Völkerbundes übergegangen sei und daß diesem infolgedessen das Recht zustehe, Beamte nach seinem Gutdünken zu ernennen oder abzusetzen. An dieser Stelle kommt das Referat dem springenden Punkt sehr nahe, dem Umstande nämlich, daß auch die deutsche Regierung sich bei der Ausübung dieses ihres Rechtes wichtige Schranken auferlegt hätte und daß die Kommission des Völkerbundes sich weigerte, diese Schranken auch für sich gelten zu lassen. Wir haben es also auch hier wiederum mit der grundsätzlichen Ausschaltung jedes Rechtsstandpunktes und mit der Proklamierung der reinen Gewalt zu tun, die der Völkerbund sich überhaupt zum Grundsatz gemacht zu haben scheint. Offenbar ist dem Referenten diese Rechtsfrage auch nicht wichtig genug erschienen, um den Völkerbund mit ihr zu befassen, denn er betont ausdrücklich, daß der Völkerbund nur bei besonders wichtigen Angelegenheiten eingreifen dürfe. Zu diesen rechnet er offenbar den Beamtenstreik, der das ganze wirtschaftliche und politische Leben des Saargebietes aufs schwerste erschüttert hatte, nicht. Geradezu erheiternd wirkt eine in der betreffenden Sitzung von der Regierungskommission gefallene Aeußerung, den Beamten sei es wohl bekannt, daß die Regierungskommission befugt sei, die Bestimmungen des Staates in der weitestgehenden Weise in Anwendung zu bringen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist den Beamten so ziemlich das Gegenteil bekannt, und mehr als ein pflichttreuer Beamter hat am eigenen Leibe die unberechenbare Willkür der Regierungskommission und die Rücksichtslosigkeit, mit der gegen jeden auch nur im Verdacht deutscher Gesinnung stehenden Beamten vorgegangen wurde, erfahren müssen. Aber das alles scheinen ja Kleinigkeiten zu sein, die den hoch in der Luft schwebenden Völkerbund nicht beunruhigen dürfen. Der hohe Rat hatte in seiner oben erwähnten Sitzung übrigens noch eine weitere Aufgabe zu erledigen, nämlich die Erziehung des Mitgliedes der Regierungskommission Herrn von Boch, der seinen Abschied eingereicht hatte, durch eine andere Persönlichkeit. Ueber die Gesichtspunkte, die für die Wahl seines Nachfolgers, des Saarlouiser Arztes Dr. Seltor, maßgebend gewesen sind, äußert sich der Bericht mit keinem Worte, wohl aber mußte er sich mit einer Zuschrift befassen, die Herr von Boch nach dem Zusammenbruch des Streikes an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet und in welcher er darauf hingewiesen hatte, daß man sich im Auslande keinen genauen Begriff über die Lage an der Saar mache und ebenso wenig über die eigentliche Stimmung der Bevölkerung. Es erscheine aus diesem Grunde unbedingt nötig, daß der Völkerbund in kürzester Frist einen unparteiischen Vertreter beauftragen müsse, an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Es ist kennzeichnend, daß auf das Referat des Herrn Kalamanos hin der Völkerbundsrat keinen zwingenden Grund gesehen hat, auf diesen ersten Vorschlag eines Mannes einzugehen, der gerade vom Völkerbund selbst zu dem verantwortungsvollen Posten eines Mitgliedes der Regierungskommission im Saargebiet berufen war. Man sieht deutlich, daß von einer sachlichen Erledigung der Geschäfte innerhalb der Regierungskommission kaum die Rede sein kann, und daß die Hauptaufgabe der Sitzung darin besteht, den führenden Persönlichkeiten des Völkerbundes eine erwünschte Gelegenheit zum Austausch gegenseitiger Komplimente zu geben. Der Vorsitzende des Völkerbunds, Léon Bourgeois, hat denn auch bei dieser Gelegenheit, anstatt sich mit dem Saargebiet und dem Schicksal seiner Bevölkerung zu befassen, sich lieber mit dem Präsidenten der Regierungskommission beschäftigt und Herrn Kault wegen seiner hervorragenden Eigenschaften Anerkennung gezollt, ihn seiner persönlichen Hochschätzung versichert und ihm mitgeteilt, daß der Völkerbund ihm volles Vertrauen entgegenbringe. Das ist gewiß für Herrn Kault sehr erfreulich, und niemand wird ihm eine Anerkennung, die er wirklich verdient, mißgönnen. Leider aber ist nicht abzusehen, was aus dem Austausch dieser höflichen Komplimente für die Saarbevölkerung Erfreuliches herauskommt, und man muß in der Tat angesichts dieser Vorgänge mit der „Frankfurter Zeitung“, zu der Ueberzeugung kommen, „daß bis zu diesem Augenblick der Völkerbundsrat die ihm durch den Friedensvertrag zugestandenen Treuhänderfunktionen überhaupt nicht ernst nimmt“, daß vielmehr bei der vollkommenen Verantwortungslosigkeit, die tatsächlich die Regierungskommission annimmt, nicht einmal der äußere Schein gewahrt bleibt.

Ein besonders kennzeichnendes Beispiel dafür, daß der Völkerbund im Saargebiet nichts als eine gehaltlose Frage ist, und daß in Wirklichkeit noch immer, wie die französischen Blätter gleich nach dem Waffenstillstand schrieben, der Säbel hoch regiert, ist die bekannte

Verurteilung des Redakteurs Ollmert

wegen Hochverrats und Spionage in contumaciam zu lebenslänglicher Deportation in ein befestigtes Lager in Frankreich, auf welche wir in unserem Vortragsjahre näher eingegangen sind.

Sogar die „Bosische Zeitung“, der man kaum eine Voreingenommenheit gegen Frankreich vorwerfen darf, meint, die Verurteilung Ollmerts schade niemand außer dem Ansehen der Saarregierung, der erneut der Vorwurf gemacht werden müsse, daß sie noch keine Schritte getan habe, die französische Besatzung im Saargebiet abzuschaffen und die Kriegsgerichte auszuschalten.

Was es mit französischen Kriegsgerichten für eine Bewandnis hat, zeigt in besonders charakteristischer Weise der

Fall Röchling.

Bekanntlich ist Herr Robert Röchling, der im Dezember 1919 zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Millionen Franken und 15 Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt worden war, nach 22 monatlicher Haft aus dem Gefängnis in Nancy entlassen worden, nachdem das Kriegsgericht in Nancy seine vollständige Unschuld festgestellt hatte. Das erste Urteil hatte als eine der trassesten Rechtsbeugungen sogar den Unwillen der führenden englischen Blätter erregt, und die französische Regierung sah sich dann doch wohl gezwungen, dem allzu grotesken Uebergriff ihrer Militärs bis zu einem gewissen Grade zu steuern. Natürlich ist die Haftentlassung Röchlings erfolgt, ohne daß die französische Regierung irgend ein Wort der Entschuldigung oder des Bedauerns über den vorgekommenen Justizirrtum gefunden hätte. Das „Pariser Journal“ stellt den ganzen skandalösen Vorfall mit vollkommener Seelenruhe fest und fügt nur noch die Mitteilung hinzu, daß die Röchlingwerke in Diedenhausen unter Sequester gestellt sind.

Kennzeichnend in diesem Zusammenhang ist für die

Taktik der französischen Militärgewalten im Saargebiet,

daß auch Staatsanwaltschaftsrat Retiene, der gleich nach Beendigung des Beamtenstreiks von der Saarregierung seines Amtes enthoben und dem Deutschen Reich zur Verfügung gestellt wurde, jetzt bedauerlicherweise seine Heimat fluchtartig zu verlassen gezwungen worden ist. Ihm wurde seinerzeit nur der Bescheid von seiner Amtsenthebung zugestellt. Ein offizieller Ausweisungsbefehl ist ihm nicht übergeben worden. Aus diesem Grunde kehrte er von einer längeren Urlaubsreise ins Saargebiet zurück. Die französische Militärbehörde hatte nichts eiligeres zu tun, als seine Privatwohnung militärisch zu besetzen und sie auf das Sorgfältigste zu durchsuchen, während unten auf der Straße ein Auto, besetzt mit Marokkanern mit aufgezogenem Seitengewehr hielt. Retiene war bereits wieder abgereist und entging nur auf diese Weise den Unannehmlichkeiten und Demütigungen eines zwangsweisen Abtransportes. Bekanntlich entstammt Retiene einer sehr alten Saarländer Familie und gilt als ein besonders befähigter Jurist.

Auch sonst scheint die Regierung des Saargebietes nach wie vor jedes Entgegenkommen in der

Frage der aus dem Saargebiet Ausgewiesenen

und zu Freiheitsstrafen Verurteilten abzulehnen. Auf den Antrag der Kreisdeputierten von Saarlouis-Land um Begnadigung der bei den Oktoberunruhen Verurteilten und um Einräumung des Verteidigungsrechtes für die anlässlich des letzten Verkehrsstreikes Ausgewiesenen hat die Regierung geantwortet, daß sie nicht in der Lage sei, die anlässlich der Oktoberunruhen Verhafteten zu begnadigen, da die Verurteilung durch die französische Kriegsbehörde erfolgt sei, und zwar zu einer Zeit, zu welcher das Saargebiet noch besetzt war. Infolgedessen stehe das Begnadigungsrecht lediglich dem Präsidenten der französischen Republik zu und die Regierungskommission könne nichts weiter tun, als die Antragsteller nach Paris zu verweisen, eine Entscheidung, die natürlich einer vollkommenen Ablehnung des Gesuches gleichkommt. Nicht minder hat die Regierung das Gesuch des Stadtrates St. Ingbert auf Rückkehr des ausgewiesenen Bürgermeisters Schöneberger endgültig abschlägig beschieden, was bei der allgemeinen Beliebtheit dieses Beamten ganz besonders bedauerlich ist. Ebenso unerbittlich wie in dieser Angelegenheit hat sich die Saarregierung hinsichtlich der Ausweisung des Bürgermeisters Thiel gezeigt. In allen Bürgermeistereien des Kreises Merzig sind seit einigen Wochen Unterschriften für ein Gesuch an die Saarregierung gesammelt worden, den Ausweisungsbefehl

gegen den Bürgermeister Thiel aufzuheben und seine Rückkehr zu gestatten. Das Schriftstück trug weit über 1000 Unterschriften aus allen Kreisen der Bevölkerung. In seiner letzten Geheimfaltung hat auch das Stadtverordnetenkollegium dazu Stellung genommen und beschlossen, die Regierungskommission um Rückgängigmachung der Ausweisung zu bitten. Jedoch ist auch dieses Gesuch von der Regierungskommission abschlägig beschieden worden. Eine etwas mildere Haltung hat die Kommission dagegen in einem anderen Falle eingenommen. Sie hatte seinerzeit beschlossen, den Beamten und Arbeitern für die Tage, während welcher sie am Streit teilgenommen hatten, die

Auszahlung des Gehaltes und der Löhne

vorzuenthalten. Mit Rücksicht aber auf die steigende Teuerung hat sie nun doch die Auszahlung der auf die betreffenden Tage fallenden Quoten genehmigt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man hierin einen Ausfluß der auf Seiten der Kommission bestehenden Konsequenz erblickt, gerade den Arbeitern nach Möglichkeit entgegenzukommen, da sie im Saargebiet einen besonders wichtigen Teil der Bevölkerung darstellen und durch ihr zähes Festhalten am Deutschtum ein höchst unerwünschtes Hindernis der Französisierungsbestrebungen bilden.

Was die

allgemeine wirtschaftliche Lage

anbelangt, so ist vor allem die immer wieder einsetzende Propaganda für Einführung der Frankenwährung zu bemerken. Der französisch orientierte „Nouvel Saarländischer“ veröffentlicht in Nr. 274 eine dringende Bitte an die Saarregierung, in der darauf hingewiesen wird, daß der größte Teil der Eisenbahn- und Postbediensteten dringend die Einführung der Frankenwährung für Beamte und Arbeiter wünsche, weil es für die Bediensteten der Bergbehörde bereits geschehen sei. Auch das „Saarlöcher Journal“ weist darauf hin, daß der Arbeiter in der Schwerindustrie sich in einer besonders schwierigen Lage befinde und daß es ihn hart trafe, wenn er sehen müsse, daß der Bergmann, dessen Arbeit nicht schwerer als seine eigene sei, Frankenwährung erhalte, die es ihm ermögliche, den Kampf mit der Teuerung durchzufechten. Es handelt sich bei diesen Stimmen selbstverständlich nur um eine bewußte Taktik von französischer Seite, um eine Stimmungsmache für die Einführung der Frankenwährung, die, wie die „Saarbrücker Zeitung“ in Nr. 277 erfährt, unmittelbar bevorsteht. Das Blatt weist mit Recht darauf hin, daß die saarländische Industrie dieser Neuerung mit der größten Sorge entgegensieht, da sie von der Einführung der Frankenwährung den sicheren Ruin erwartet.

Die Wohnungsnot im Saargebiet

ist noch immer die alte. Zwar hat die Saarregierung eine Kommission zur Milderung der Wohnungsnot gebildet, und diese, wie man hört, unter dem Vorsitz des Präsidenten Raoult, ist zum ersten Mal zusammengetreten. Bisher ist aber, wie anderswo, so auch im Saargebiet zur Behebung jedes Uebelstandes eine Kommission nach der anderen gebildet worden, ohne irgendwelche bemerkenswerten Resultate dabei erzielen zu können. Die Saarbevölkerung steht also auch dieser neuen Kommission vorläufig abwartend gegenüber.

Als eine allgemeine Unbequemlichkeit wird übrigens im Saargebiet die

Einführung der westeuropäischen Zeit

empfunden. Da die Hohe Interalliierte Kommission für allen Eisenbahnverkehr mit dem besetzten Rheinland die westeuropäische Zeit eingeführt hat, konnte allerdings für das Saargebiet keine andere Regelung erwartet werden.

Die seit langem beklagte

Unsicherheit des öffentlichen Lebens im Saargebiet

hat sich leider noch in keiner Weise gebessert. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ bringt in Nr. 99 eine Notiz, die wir der mysteriösen Vorgänge wegen wörtlich wiedergeben: „Die Unsicherheit unserer Stadt wird grell beleuchtet durch folgendes Schreiben zweier Saarbrücker Hausfrauen, das uns mit der Bitte um Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wurde: Am 29. September gingen wir abends um 8 Uhr nach dem Bahnhof. Am Ende der Kaiserstraße erblickten wir, vom Bahnhof kommend, Masken tragende Gestalten. Auf diese lossteuernd, begegneten wir ihnen am Hotel zum Bahnhof, hinter denselben her eine Anzahl Marokkaner. Zwei dieser fremd gekleideten Gestalten rannten Frau Rebel an, so daß sie gegen einen daherkommenden Herrn geschleudert wurde. Der Herr entschuldigte sich mit den Worten: „O, Pardon!“ Zwei Schritte weiter gingen wir, da kam die dritte Gestalt und schlug Frau Rebel ins Gesicht, so daß sie gegen die Mauer fiel. Ein dazu-

kommender Herr wollte Frau Rebel wegziehen, da zog die Maste einen Dolch und ging auf den Herrn los, wobei sich auch die Marokkaner auf ihn stürzten. Frau Wolf war etwa zwei Schritte voraus und entkam dadurch dem Getümmel. Die beiden Frauen liefen nun im Laufschrift bis zum Postamt. Ein großer Tumult erhob sich. Während des Laufens hörten wir nur noch Worte: „Sie tragen Dolche“. Hoffentlich sind unsere Stadtherren imstande, derartigen Uebelständen abzuwehren, daß man im belebtesten Teile der Stadt abends gegen 8 Uhr seines Lebens nicht mehr sicher ist.“ Das Original dieses Schreibens befindet sich in den Händen der Frau Stadtverordneten Reiser. Es ist in der Tat empörend, daß Saarbrücker Frauen solchen Anrempelungen schutzlos ausgesetzt sind, und doppelt befremdend ist es, daß solche Dinge in einer Großstadt vorkommen können, die nicht nur zahlreiche Polizeibeamte in ihren Mauern beherbergt, sondern auch noch eine Landjägertruppe, französische Gendarmerie und starke militärische Garnison zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Bezeichnenderweise wendet sich sogar das „Saarlöcher Journal“ gegen die dauernden Uebergriffe französischer Militärpersonen, die insbesondere Frauen in der unerhörtesten Weise belästigen. Auch die „Saarbrücker Zeitung“ meldet in Nr. 272 neue Ueberfälle, insbesondere einen Angriff auf einen jungen Mann und ein junges Mädchen durch zwei französische Soldaten. Beide Ueberfallenen sind durch Faustschläge schwer mißhandelt worden. Die Blätter fordern einstimmig die französische Militärverwaltung auf, gegen diese unerhörten Zustände mit aller Energie einzuschreiten. Es dürfte in der Tat zweckmäßig sein, daß die französische Militärbehörde in den ihr anvertrauten deutschen Städten ihre Truppen zur Ruhe und Ordnung anhält, als daß sie, wie es zurzeit geschieht, an der saarländisch-pfälzischen Grenze pompöse Manöver abhalten läßt. Der skandalöseste Vorfall der letzten Zeit ist aber die Erschießung eines dreizehnjährigen Schülers an der mit französischem Militär besetzten Dragonerkaserne in Saarbrücken. Natürlich hat, wie fast immer, auch hier die Untersuchung zu keinem Ergebnis geführt, und es bleibt zweifelhaft, ob ein solches überhaupt erzielt werden wird.

Im politischen Leben

des Saargebietes hat sich ein überaus befremdlicher Vorfall zugetragen. Die Liberale Volkspartei hat eine Eingabe an die Saarregierung gerichtet, laut welcher die Partei, in welcher die Reste der alten nationalliberalen Partei organisiert sind, unter „Wegfall des Untertitels Deutsche Volkspartei“, sich 1. „jetzt durchaus auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellt“, 2. „ihre Tätigkeit auf den Umfang des Saargebietes beschränkt und mit keiner Organisation außerhalb des Saargebietes in Verbindung steht“, 3. sie „sich eins weiß mit der Regierung als Ordnungspartei“, 4. sich zur Mitarbeit in der Regierung bereit erklärt“, „bereit, in den verschiedenen Zweigen der Regierung erfahrene Parteimitglieder zur Verfügung zu stellen“, 5. bedauert, daß die Liberale Volkspartei die einzige Partei ist, die bisher nicht in der Regierung vertreten ist.“ Wir vermögen uns vorläufig kaum zu denken, daß diese selbst anmutenden Mitteilungen in allen Punkten auf Wahrheit beruhen. Sollte es doch der Fall sein, so wird man der liberalen Volkspartei im Saargebiet den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie ihr Deutschtum in einer beklagenswerten und dazu vollkommen zwecklosen Weise preisgegeben hat. Die Ereignisse der letzten zwei Jahre haben zur Genüge gezeigt, daß mit einer demutvollen Unterwerfung unter den Willen der Entente niemals auch nur das Geringste erreicht worden ist, und daß nur ein festes und mannhaftes Bestehen auf dem Rechtsstandpunkt uns vor dem Schlimmsten zu bewahren vermag. In überaus treffender Weise kritisiert die „Saarbrücker Volksstimme“ in Nr. 247 unter der Ueberschrift „Die entdeutschen Deutschen oder die neuorientierte Volkspartei“ das Verhalten der Volkspartei und stellt fest, daß diese 1. ihr Deutschtum kläglich verleugnet, 2. in dieser Verleugnung so weit geht, daß sie die Brücken nach Deutschland abbricht und 3. sich dem interalliierten Großkapitalismus und Militarismus anbietet, an den Hals wirft, zur Verfügung stellt. Ob die Tatsache, daß der Präsident der Saarregierung einer Deputation der Deutschen Volkspartei die demnächstige Rückkehrerlaubnis ins Saargebiet für deren Parteichef in Aussicht gestellt hat, mit dieser Haltung der Deutschen Volkspartei in Zusammenhang zu bringen ist, entzieht sich natürlich der Kenntnis.

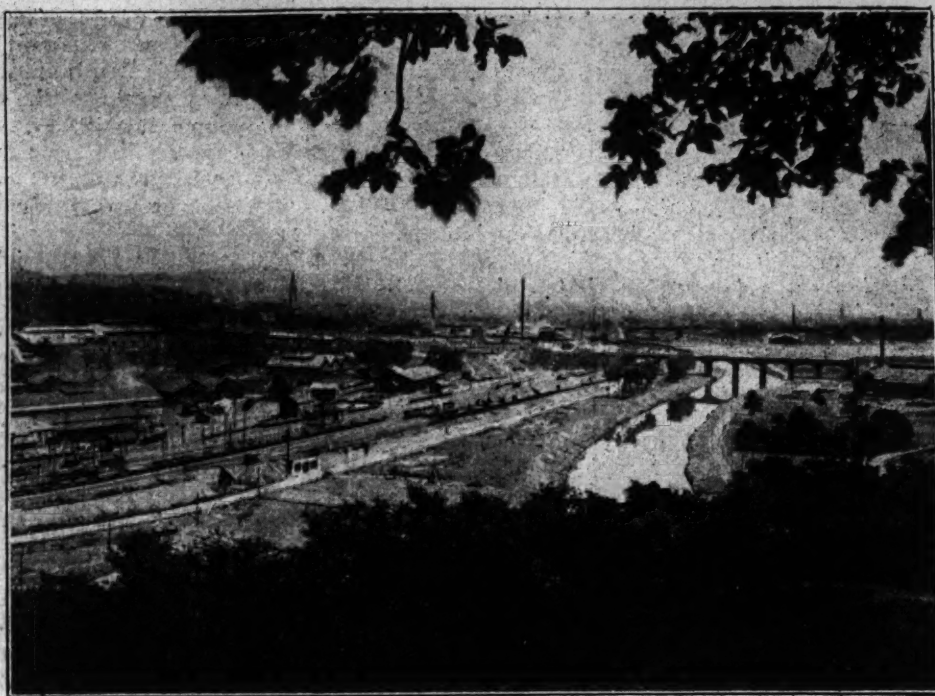
Aber wo Licht, da ist auch Schatten, und um so heller hebt sich von diesem unerfreulichen Bilde, das freilich, wie gesagt, wohl noch der Aufklärung im einzelnen bedarf, die würdige und feste Haltung anderer führender Persönlichkeiten des Saargebietes ab. Der saarländische Delegierte der S. P. D. in Kassel hat in seiner Rede mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, den saarländischen So-

zialdemokraten sei die lokale Erfüllung ihrer internationalen Pflicht nur im Rahmen des Deutschtums, deutscher Sitte und Gebräuche, deutscher Sprache und Gesetze möglich, und auch sonst ist fast jede Stimme, die aus dem Saargebiet zu uns kommt, auf den Ton treuen Festhaltens am großen deutschen Vaterlande gestimmt. In Nr. 270 faßt die „Saarbrücker Zeitung“ das Abstimmungsergebnis in Kärnten als Gewähr dafür auf, daß auch das Saarland, das im Gegensatz zu dem von einer gemischten Bevölkerung bewohnten Kärnten rein deutsch sei, in 15 Jahren wieder zu seinem Vaterlande zurückkehren werde, und in ähnlichem Sinne äußern sich auch die andern führenden Blätter des Saargebietes. Unter all den Getreuen aber, die sich mit der Kraft ihrer ganzen Persönlichkeit für die Saardeutschen einsetzen, leuchtet in erster Linie der tapfere Oberst von Eylander hervor, der auf einer von der Deutschnationalen Partei einberufenen Versammlung in München aufs neue über das Saargebiet gesprochen und darauf hingewiesen hat, daß unsere Brüder im Saarland verraten und verkauft, ohne jede Hilfe von unten und oben sind. Mit mannhafter Offenheit hat Eylander betont, die Kommission arbeite darauf hin, das Saargebiet politisch, wirtschaftlich und kulturell vom Reiche abzuschneiden. Man wird durch diesen tapferen Mann, der in der Grenzkommision zäh um jedes Stück deutschen Landes gekämpft hat, und natürlich zum Schlusse der Uebermacht der Ententevertreter unterliegen mußte, unwillkürlich an jene Persönlichkeiten erinnert, die vor hundert Jahren nicht rasteten noch ruhten, bis das Saargebiet vom französischen Joche befreit und dem deutschen Vaterlande zurückgegeben war. Hell leuchten die Namen Böcking und Laufhardt in das Dunkel unserer Tage hinein und zeigen uns, daß sich, wo ein Wille ist, auch ein Weg findet, und daß keine Macht der Erde deutsche Männer von Deutschland zu trennen vermag. Das Verhalten der Liberalen Volkspartei im Saargebiet wirkt, selbst wenn man ihr taktische Entschuldigungsgründe zubilligen mag, diesem mannhaften und offenen Auftreten gegenüber doppelt peinlich und befremdend. Damals gehörte das Saargebiet bekanntlich staatsrechtlich zu Frankreich, und die Leute, die für eine Lostrennung von Frankreich und für eine Vereinigung mit dem Deutschen Reiche eintraten, riskierten ganz andere Dinge, als man heute, wo das Saargebiet staatsrechtlich doch noch zum deutschen Vaterlande gehört, durch ein Eintreten für das Deutschtum dieses Landes wagen würde. Hat damals der nahe Wille Böckings und Laufhardts und der hinter ihnen stehenden Persönlichkeiten gesiegt, so muß man auch heute mit heißem Herzen an der Hoffnung festhalten, daß es kraftvollen und zielbewußten deutschgesinnten Persönlichkeiten wie dem tapferen Oberst v. Eylander gelingen wird, den Kampf für das Deutschtum des Saargebietes und für eine ehrliche und loyale Durchführung der Friedensbedingungen im Saarlande zu einem siegreichen Ende zu führen.

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

Die Erhebung einer Fremdensteuer, die in den Hotelzimmerpreisen einbearbeitet mit Staffelung erhoben wird, ist beschlossen worden. Wie in der betreffenden Stadtverordneten-Versammlung hervorgehoben wurde, richtet sich die Steuer in erster Linie gegen die Schieber. — Die Nichtbestätigung der Kuratorien an den höheren Schulen des Saargebietes ist von der Saarregierungs-kommission verfügt worden. Die Nichtbestätigung der Kuratorien soll ihren Grund haben in den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, die eine Besetzung der Kuratorien, wie sie erfolgt ist, nicht vorsehen. — In der Stadtverordnetenversammlung wurde kürzlich darauf aufmerksam gemacht, daß gegenüber dem Waisenhaus Saarbrücken sich ein Bordell befindet. Die Polizei, die dem Ausbau des Hauses zu einem öffentlichen Hause habe Einhalt gebieten wollen, habe von dem Bauunternehmer die Antwort erhalten, die Genehmigung zu dem Bau sei von einem französischen Offizier erteilt worden und daran werde er sich halten. Auf die Anfrage eines Stadtverordneten, ob durch das Bestehen solcher Häuser der Stadt Kosten entstünden, führte der Vorsitzende aus, die Kasernierung der Prostitution komme der Stadt billiger zu stehen als die Straßenprostitution. Ein Stadtverordneter meinte, die französische Militärbehörde müsse am besten wissen, wofür sie zu sorgen habe. Auf jeden Fall müsse vor diesem Hause ein Posten aufgestellt werden, damit dem Zivilpublikum der Zugang verboten und es vor Krankheiten geschützt werde. Es sei nicht in der Ordnung, daß bei der in Saarbrücken

herrschenden außerordentlichen Wohnungsnot ein solches Haus für die Besatzung eingerichtet werde. In Sachen der Errichtung dieses öffentlichen Hauses teilt nunmehr die Regierungskommission, Abteilung des Innern, mit, daß der Kommandierende General der Besatzungstruppen die Rückendung der im Hause Moltkestraße 48 untergebrachten arabischen Mädchen verfügt und den mit dem Hauseigentümer abgeschlossenen Vertrag gelöst hat. — Die für den ersten Tag des Novembers vorgesehene Eröffnung des saarländischen Obergerichts, das bekanntlich in Saarlouis unter der Direktion von Professor Dr. Otfried Rippold errichtet wird, mußte infolge baulicher Schwierigkeiten verschoben werden. — Zum Präsidenten des Landgerichts Saarbrücken ist ein alter Korpsstudent und Studienfreund Kaiser Wilhelm II., der seit längeren Jahren hier amtierende Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Magnus ernannt worden. Auf seine persönlichen Beziehungen zum Kaiser ist er stets besonders stolz gewesen. — Ein deutsches Arbeitskommando, aus etwa 30 Mann bestehend, ist seit einiger Zeit an der Arbeit, die Grenzsteine zwischen dem Reich und dem Saargebiet zu setzen. — Auf Anordnung der Obersten Polizeiverwaltung des Saargebietes ist von jetzt ab bei Anfertigung neuer An- und Abmeldehefte die Spalte „Militärverhältnis“ fortzulassen. — Nach einer Verfügung der Regierungskommission werden am 1. November neue Stempel und Siegel für die Eisenbahndienststellen eingeführt, die das neu geschaffene Wappen des Saargebietes tragen. Die preußischen Stempel und Siegel kommen alsdann in Wegfall. — Die Gefahr eines Zeitungsstreikes, der im Saargebiet drohte, ist beseitigt. Die Verlegerkassette hat dem technischen Personal neue Beschaffungsbeihilfen in Höhe von 500 bzw. 400 M. bewilligt, die in einer Buchdrucker-Versammlung angenommen wurden. Da die Verlegerkassette der Alsbach-Druckerei auf einem ablehnenden Standpunkt beharrt, kam es zu einem Teilstreit, der aber gütlich beigelegt worden ist. — Eine 80-Millionen-Anleihe zur Behebung der Wohnungsnot im Saargebiet will die Saarregierung aufnehmen, die sie ihrerseits wieder den einzelnen Gemeinden zu billigem Zinsfuß zur Verfügung stellen will. Zinsen und Amortisation sollen durch eine Mietssteuer aufgebracht werden. — Fischbach-Kamphausen hat ein furchtbares Brandunglück, wie es hier noch nicht zu verzeichnen war, heimgeucht. In der Frühe zwischen 3 und 4 Uhr bemerkten Leute, daß aus dem Saal des Wirtes und Ortsvorstehers Jakob Kraus Flammen emporstiegen. Sofort wurde Alarm geschlagen und bald war die ganze Einwohnerschaft auf den Beinen. Mit der rasch eintreffenden Grubenfeuerwehr arbeitete die Bürgerkassette mit Riesenkraften, um dem sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitenden Feuer Einhalt zu tun. Das große Gebäude bildete bald nur ein einziges Flammenmeer. Der große schöne Saal brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Mit verbrannt ist auch das Inventar eines Gesangsvereins samt Fahne und wertvollen Preisen, ferner ein Klavier und ein Automobil. — Einen Kredit von zwei Millionen Mark zur Zahlung von einmaligen Beihilfen an Notleidende hat die Saarregierungs-kommission zur Verfügung gestellt. In allen Gemeinden sind die Kommissionen an der Arbeit, um die Bedürfnisse mit größter Beschleunigung festzustellen. Da die Unterstützungen sofort gezahlt werden sollen, um die Winterbeschaffung ermöglichen zu helfen. Es zeigt sich jedoch jetzt schon, daß der bewilligte Kredit bei weitem nicht ausreicht; denn die Zahl der Hilfsbedürftigen ist außerordentlich groß, so daß auch auf private Mithilfe gerechnet werden muß. — Großfeuer im Autovort der Artilleriekaserne in St. Arnual hat unermesslichen Schaden angerichtet. Hauptmagazin und Werkstätte sind niedergebrannt. Der Schaden beträgt etwa 30 Millionen Mark. — Die Teuerung im Saargebiet hat einen Umfang angenommen, bei der die Preise die im übrigen Deutschland üblichen bei weitem übersteigen. Es kosten: Rind- und Ochsenfleisch 17–18 M., Schweinefleisch 20 bis 24 M., Butter 38 M., Eier 2.90 M., Mehl 6.50–7.00 M., Kartoffeln der Rentner 50 M., Kletteräpfel 50–60 M. Die Hauptursache der Teuerung liegt in der fortwährenden Verschiebung von Lebensmitteln und Verbrauchsgegenständen über die lothringische Grenze und in der durch die Frankenslöhne außerordentlich hohen Kaufkraft der Saarbergleute. — Die Stadtverwaltung Saarbrücken beabsichtigt, die Schulgebühren für die höheren und mittleren Schulen der Stadt Saarbrücken zu erhöhen. Es sollen zahlen: Höhere Schulen: Einheimische 500 M., Auswärtige 600 M., Mittelschulen: Einheimische 280 M., Auswärtige 300 M., Lehrerinnen-Bildungsanstalten: Einheimische 400 M., Auswärtige 480 M., Seminarvorkurse: Einheimische 400 M., Auswärtige 480 M. Die Schulgebühren der übrigen Schulen sollen bleiben. Die gleiche Absicht verfolgt man in der Stadt Merzig. — Um den immer größer werdenden Unzuträglichkeiten im Arbeiterzugverkehr im Saargebiet zu steuern, stellen die Arbeiterorganisationen auf Veranlassung der Eisenbahndirektion, vorläufig versuchsweise, zu jedem Arbeiterzug eigene Ord-



Vor Saarbrücken. Im Vordergrund erster Teil der Burbacher Hütte mit Bahnanlage.

nungsleute. — Durchlaufende Wagen zwischen Berlin und Saarbrücken sind nachträglich im Winterfahrplan vorgesehen. Sie laufen in den Nachtschnellzügen von Berlin 5.20 über Erfurt, Osterburken und Ludwigshafen, zurück von Ludwigshafen 4.50. Speisewagen sind nachträglich vorgesehen in den Tageszügen zwischen Leipzig und Köln, ab Leipzig 6.48, ab Köln 11.35. — Bei einem Einbruch in Saarbrücken bei der Grenzregulierungskommission war den Dieben eine Kassette mit 18 000 M. Inhalt in die Hände gefallen. In einem Hotel in der Bahnhofstraße ermittelte man einen 22 Jahre alten Burschen, der dort große Zechen machte und den feinen Mann markierte. Es handelt sich um einen Mechaniker Erich Tassulla, der auch seit langer Zeit schon lieber alles andere macht, als arbeiten. Man fuhr zu seiner Wohnung in Friedrichsthal, wo die Kriminalisten die gestohlene Kassette aus einem sehr sicher scheinenden Versteck hervorholten. — Ohne jede Veranlassung wurde ein junger Mann und ein Mädchen von zwei französischen Soldaten angefallen und durch Faustschläge schwer mißhandelt. Zu dieser Nachricht schreibt die „Saarbr. Ztg.“: „Die jarten Fäden, welche einsichtige Bürger beider Nationen zwecks Anbahnung einer Verständigungspolitik geknüpft haben, werden durch die Faustschläge der Soldaten jäh zerrissen.“ Von diesen jarten Fäden wollen nur sehr wenige Bürger etwas wissen. — Für 30 000 Mark Schmudssachen gestohlen wurden in der vergangenen Nacht bei einem Einbruch in der Königin-Luisen-Straße 25 einem französischen Offizier. — Durch Abreißen mehrerer Wagen von einem in der Richtung Saarbrücken fahrenden Güterzuge ist kurz vor dem Tunnel bei Reden beim Wiederauflaufen derselben ein größerer Materialschaden entstanden. —

Personalnachrichten. Der bisherige kommissarische Verwalter des Kreises Neunkirchen, Herr Regierungsrat Dr. Koch, der durch einstimmigen Beschluß des Kreistages der Regierungskommission als Landrat des Kreises vorgeschlagen war, ist von derselben zum Landrat des Kreises Ottweiler ernannt worden. — Als Kreisdeputierte bestätigt wurden die Herren Julius Land, Kaufmann in Saarlouis, und Josef Berg, Verbandssekretär in Fraulautern. — Der Steuerpraktikant Willi Hoffmann aus Wiebelskirchen ist nach bestandnem Examen zum Obersteuersetretär in der Reichsfinanzverwaltung ernannt worden. — Die Obersteuersetretäre Hennings und Runke-Saarbrücken, Alsldorf und Corsten-Ottweiler sind zu Steuerinspektoren, die Obersteuersetretäre Gill, Trenz, Ewh, Ren, Kremer, Rühbaum-Saarbrücken, Schmitt und Meyer-Saarlouis und Harberg-Ottweiler zu Steuerinspektoren ernannt worden. — In Friedrichsthal wurde für den ausgewiesenen Bürgermeister Ballke der Stadtschreiber Arndt aus Saarbrücken zum Bürgermeister der Gemeinde Friedrichsthal gewählt. — Definitiv Wiegand, früher Pfarrer der katholischen Gemeinde Böllingen, zuletzt in Bernkastel, ist zum Pastor in Koblenz ernannt worden. — Der Kataster-Assistent Rohlmann des Katasteramts in Neunkirchen ist zum Sekretär befördert worden. — Versetzt wurden: Regierungs- und Baurat Richard von Trier nach Saarbrücken mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Oberbaurats bei der Eisenbahndirektion. Eisenbahnobersekretär Rode von Reden nach Saarbrücken

zur Oberzugleitung, Oberbahnassistent Joumer von Saarbrücken-Burbach nach Saarbrücken, Oberbahnassistent Herot von Ensdorf nach Fürstenhausen, Eisenbahnassistent Biermann von Fürstenhausen nach Ensdorf, Eisenbahnassistent Voigt von Saarbrücken-Burbach nach Saarbrücken, H. B., Unterassistent Lorig von Püttlingen nach Bronseld, John von Bresfeld nach Sulzbach, Trautmann von Saarbrücken nach Siebenborn, Oberbahnhofsvorsteher Koch von Saarbrücken nach Bremen (Güterbahnhof), Oberbahnassistent Klein von Saarbrücken R. B. nach Uerzig, Eisenbahngehilfen Dreßch von Saarbrücken nach Essen, Magazinaufseher Schucke von Saarbrücken nach Erfurt, Unterassistent Muschalla von Wehrden nach Rosenberg (Bezirk Rattowik). — Ernannt wurden: Eisenbahnobersekretär Adams in Saarbrücken zum Hauptkassenrendanten, Bahnhofs- vorsteher Ziegelmayer in Saarbrücken zum Oberbahnhofs- vorsteher, Eisenbahnsekretär Kozlikowski in Saarbrücken zum Eisenbahnobersekretär, die kommissarischen Eisenbahnassistenten Voigt, Springer und Blaes in Saarbrücken, Bimmler in Neunkirchen zu Eisenbahnassistenten, Reservelocomotivführer Stöcker und Leid in Saarbrücken und Neu in Neunkirchen zum Locomotivführer, Weichenstellernwärter Fok in Saarlouis, Lugenburger in Neunkirchen und Weichensteller im Probendienst Chall in Saarlouis zum Weichensteller.

Todesfälle: Oberberggrat Karl Giani, der langjährige Bergwerksdirektor des Steinkohlenbergwerks Friedrichsthal, ist im Alter von 54 Jahren in Aachen einem Schlaganfall erlegen. Mit ihm ist eine im Saargebiet bestens bekannte und geschätzte Persönlichkeit aus diesem Leben geschieden. Neben seiner beruflichen Tätigkeit widmete er sich mit voller Hingebung dem Kriegervereinswesen, und das Vertrauen der Kameraden berief ihn an die Spitze des Kreisriegerverbandes Saarbrücken. In dieser Stellung leistete Oberberggrat Giani hervorragendes, namentlich lag ihm die soziale Tätigkeit der Kriegervereine warm am Herzen. Mit Kriegsausbruch zog er als Pionierhauptmann ins Feld, seine Leistungen wurden durch die Verleihung des Eisernen Kreuzes 2. und 1. Klasse anerkannt. Leider wurde er während des Feldzuges krank und diesem Leiden ist er nun erlegen. Ein treuer deutscher Mann, ein hervorragender preussischer Bergbeamter, ein tüchtiger Soldat ist mit Oberberggrat Giani dahingeschieden. Sein früher Tod wird bei seinen zahlreichen Freunden und Verehrern lebhaftes Bedauern auslösen. — Gestorben sind ferner in Saarbrücken: Major der Reserve-Kavallerie Gustav Böding, Köln-Mülheim; Frau Witwe Johann Huppert, geb. Ruhn, im Alter von 68 Jahren; Frau Witwe Kath. Kraut, geb. Schlachter, im 72. Lebensjahre; Johann Bid, Maurer; Frau Witwe Otto Friedrich Ernst, geb. Ruhnert, 68 Jahre; Ingenieur Otto Engler; Landjägermeister und Korpschreiber Emil Gört, 54 Jahre; Lydia Geisler; Frau Witwe Leonhard Doew, geb. Priemer, 56 Jahre; Heinrich Gabel, Lademeister a. D., 64 Jahre; Anna Hellbrück, geb. Ulrich; Frau Witwe Anna Bier, geb. Benn; Heinrich-Christian Michler, Mitkämpfer der Feldzüge 1866, 70/71, im 77. Lebensjahre; Christian Heß, Seilermeister; Frau Anna Maria Hübnert, geb. Schwarz; Christian Kunz, Rentner, 68 Jahre; Frau Käthe Ponsdorfer, geb. Jantes, 30 Jahre; Frau Witwe Joseph Pintl, geb. Koch, im Alter von 80 Jahren; Eisenbahnzugführer a. D. Thomas Voering; Adolf Wöhrenkemper, im fast vollendeten 70. Lebensjahre und Notar Dr. jur. Wilhelm Meyer, im 50. Lebensjahre; der pens. Hüttenarbeiter und Kriegerinvalid Albert Anschütz, im Alter von 26 Jahren; Eisenbahnassistent Otto Fries, 31 Jahre; Jakob Joseph; Leonhard Weber, Zugführer, 60 Jahre; Frau Maria Kerth, geb. Klein; Oberbuchhalter Hütt; Oberwachmeister Gabel; Elisabeth Halberstadt, 47 Jahre, in Neunkirchen; Witwe Johann Bades, geb. Riemenschneider, 52 Jahre; Frau Philippine Hellriegel, geb. Neu, 70 Jahre, in Elversberg; Frau Witwe Ludwig Wilhelm, geb. Rau, 74 Jahre; Frau Lina Schmeer, geb. Zell, 39 Jahre, in Brebach; Frau Witwe Peter Wüsten, geb. Benitz, 70 Jahre, in Dudweiler; Frau Anna Fint, verwitwete Johann Samson, geb. Kölsch, 57 Jahre, in Reden; Frau Ida Haas, geb. Bögele, 36 Jahre, in Wemmetsweiler; Johann Hahn in Landsweiler; Jak. Schwin, 68 Jahre, in Ensdorf; Sophie Engelmann, 59 Jahre; Frau Witwe Kath. Dernbecher, geb. Scherer, 78 Jahre; Frau Lina Schmidt, geb. Omlor, 72 Jahre, in Böllingen; Frau Witwe Math. Marx, geb. Weber, 75 Jahre, in Wehrden; Frau Alwine Kochheim, geb. Streppel, in Hostenbach; Peter Joseph Thoenes, 26½ Jahre, in Illingen; Frau Lehrer Franz Weber, geb. Mohr, 44 Jahre, in Wemmetsweiler; der pens. Bergmann Wilhelm Hopfstädter, 73

Jahre; Frau Margarethe Herzog, geb. Milz, 61 Jahre; der penf. Grubenbesitzer Jakob Frank II, Kriegsveteran von 1870/71, 71½ Jahre, in Wiebelskirchen; Jakob Brenner, 72 Jahre, in Altkessel; Frau Witwe Apollonia Berdin, geb. Klein, 86 Jahre, in Lisdorf; Philipp Lessel, Krankenpfleger, seit September 1915 vermisst, gefallen; Frau Hirsch Frenkel, geb. Blüthenthal, 61 Jahre; Mathias Seiler, Klempnermeister, 87 Jahre, in Merzig; Frau Nikolaus Arweiler, geb. Martin, 63 Jahre; Antonius Korne-Restenbach in Saarlouis 2; Kirchenrat Konrad Wegland, Pfarrer i. R., und August Trautmann, Obersekretär a. D., 53 Jahre, in St. Ingbert.

Pfalzgebiet. Die Saarregierung hat das Gesuch des Stadtrates von St. Ingbert, den Bürgermeister Schöneberger, der seinerzeit von der französischen Besatzungsbehörde wegen angeblicher Pflichtverletzung von seinem Amte enthoben worden war, wieder in sein Amt einzusetzen, endgültig abgelehnt, trotzdem der Stadtrat einstimmig beschlossen hatte, Bürgermeister Schöneberger bei der bevorstehenden, durch das Gesetz vorgeschriebenen Neuwahl als Kandidaten aufzustellen. — Mit der Ortstlasseneinteilung des pfälzischen Saargebietes beschäftigte sich eine in Homburg tagende Versammlung der vereinigten Organisationen der Arbeiter und Beamten des pfälzischen Saargebietes. Es wird verlangt, daß die saarpfälzischen Orte in Klasse A, die übrigen Orte in Klasse B eingestuft werden, wie dies im saarpfälzischen Teil des Saargebietes schon der Fall ist, und daß sofort die seit dem 1. März rückständigen Beträge für den Unterschied zwischen Klasse B und C bzw. A ausgezahlt werden. — Der Justizminister Dr. Roth hatte kürzlich eine Pfalzreise unternommen. Er versicherte, daß alles getan werde, um die Beziehungen zwischen Pfalz und Bayern auf engste zu verknüpfen. Auch dieser Minister machte vor den Schlagbäumen des Saargebietes das übliche Halt und die gewohnte Kehrtwendung. — In Mittelherbach wurde eine Baugenossenschaft gegründet, um dem dort herrschenden Wohnungselend ein Ende zu machen. — Die teuersten Hebammen der Pfalz walteten im Homburger Bezirk ihres Amtes; die weisen Frauen haben beschlossen, die Lagen für ihre Hilfe auf die respektable Höhe von 200–400 M., je nach Fall, hinaufzusetzen. — Die Kohlenbelieferung der Pfalz, deren Mängel monatelang den einzigen Agitationsstoff der pfälzischen Separatisten bildete, aber auch von reichstreuen Blättern beklagt wurde, ist jetzt durch das tatkräftige Eingreifen der Reichsregierung sowie der bayerischen Regierung wesentlich aufgebessert worden. Die Belieferung der Pfalz mit hochwertiger Ruhrkohle und Braunkohlenbriketts ist erheblich gestiegen, und auch die Zufuhren von Rohbraunkohle haben sich merklich gebessert. Besonderes Gewicht legen die zuständigen Stellen auf die Ermöglichung einer regelmäßigen Zufuhr der für die Pfalz so wichtigen Saarkohlen, und um jede Weitläufigkeit und Erschwerung zu vermeiden, ist die Bearbeitung aller dahingehenden Anträge vom 1. Dezember an der Kohlenausgleichsstelle Mannheim übertragen worden. Natürlich ist die Zufuhr von Saarkohle wegen der Zurückhaltung der französischen Bergverwaltung recht gering; sie beschränkt sich in erster Linie auf Deputatkohle für Bergarbeiter sowie auf nur geringwertige Stein- und Schlammkohle.

mit relativ billigen Industrieerzeugnissen von Amerika geradezu überschwemmt wird. Dem Absatz der Saarerzeugnisse nach dem besetzten und unbesetzten Deutschland stehen nun aber eine Reihe von Hemmnissen schwerwiegendster Art störend entgegen. Zunächst und in erster Linie ist es die Preispolitik der französischen Grubenverwaltung, die die Kohle so erheblich verteuert, daß die Saarwerke schon allein dadurch gegenüber den mit Ruhrkohle belieferten nichtsaarländischen Werken im schweren Nachteil sind. Ferner hat die Einführung der Frankenwährung auf den französischen Gruben (23 frcs. pro Schicht, also nach heutigem Valutastande in Papiermark 105,57 M.) automatisch die Erhöhung der Löhne der Metallarbeiter herbeigeführt, und deren Begehrlichkeit nach dem allein seligmachenden Franken bzw. Gleichstellung hinsichtlich der Entlohnung mit den Bergarbeitern wachgerufen. Diese beiden Punkte: sehr hohe Kohlenpreise und sehr hohe Löhne sind die Hauptursache, daß die Saarindustrie rechtsrheinisch nicht mehr konkurrenzfähig ist, und daß sich auf den Schreibtischen der Industriellen die Briefe häufen von rechtsrheinischen Werken, mit denen seit Jahren Geschäftsbeziehungen bestanden, Briefe des Inhalts: „Leider sind wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage, von Ihrem Angebot Gebrauch machen zu können, da Ihre Preise so wesentlich höher sind als die rechtsrheinischen Werke, daß... usw.“ Hierzu ein Beispiel: eine Firma benötigte einen Hammerbär im Gewicht von 3½ Tonnen und forderte Preisangebot von einem saarländischen und einem rechtsrheinischen Stahlwerk. Resultat: die Saarfirma forderte 29 000 M., das rechtsrheinische Werk 16 250 M. Sapienti sat!

Neben diesen beiden Hauptpunkten belasten die Saarindustrie noch die Abgabe von 0,02 M. pro Kilogramm beim Bahntransport auf den Saarbahnen und die Abschneidung durch die Zollgrenze. Bei letzterer ist es besonders die statistische Gebühr von 25 Centimes pro Versandstück, die seitens der französischen Zollverwaltung erhoben wird, und deren Höhe in Markwährung entsprechend dem Stande der Valuta ständig schwankt. Diese beiden Momente müssen bei jeder Kalkulation mit berücksichtigt werden und verteuern die Saarlandserzeugnisse noch weiter. Dazu kommt, daß die statistische Gebühr von 25 Centimes für das einzelne Versandstück an sich schon keine konstante Größe ist, aber je nach Auffassung der französischen Zollbeamten so gar direkt zur imaginären Größe werden kann. So versandte eine Saarfirma einen verplombten Wagen mit Schraubenschlüsseln und zahlte dafür 25 Centimes. Bei der nächsten Sendung öffnete der allmächtige Douanier den Wagen und erhob die Gebühr für jede einzelne Riste, ja er hatte sogar die Absicht, auch diese aufzubrechen und für jeden einzelnen Schraubenschlüssel die 25 Centimes zu erheben!

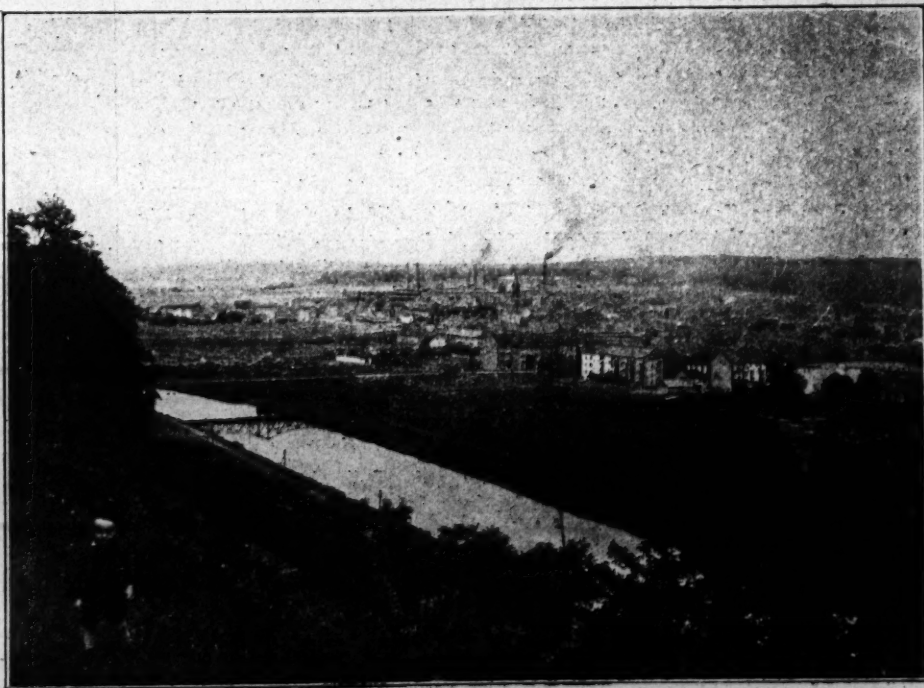
Wenn unter diesen Verhältnissen die Saarindustrie heute überhaupt noch beschäftigt ist — Arbeiterentlassungen im kleinen und Einlegungen von Feierschichten setzen aber auch hier schon langsam ein —, so liegt das daran, daß die Firmen zum Teil noch laufende Aufträge ausführen oder in beschränktem Umfange für Frankreich und den Wiederaufbau arbeiten. Im letzten Fall sind es fast nur die Werke, die französisches Kapital, zum Teil bis zu 60 Prozent, aufgenommen haben.

Wirtschaftliche Nachrichten.

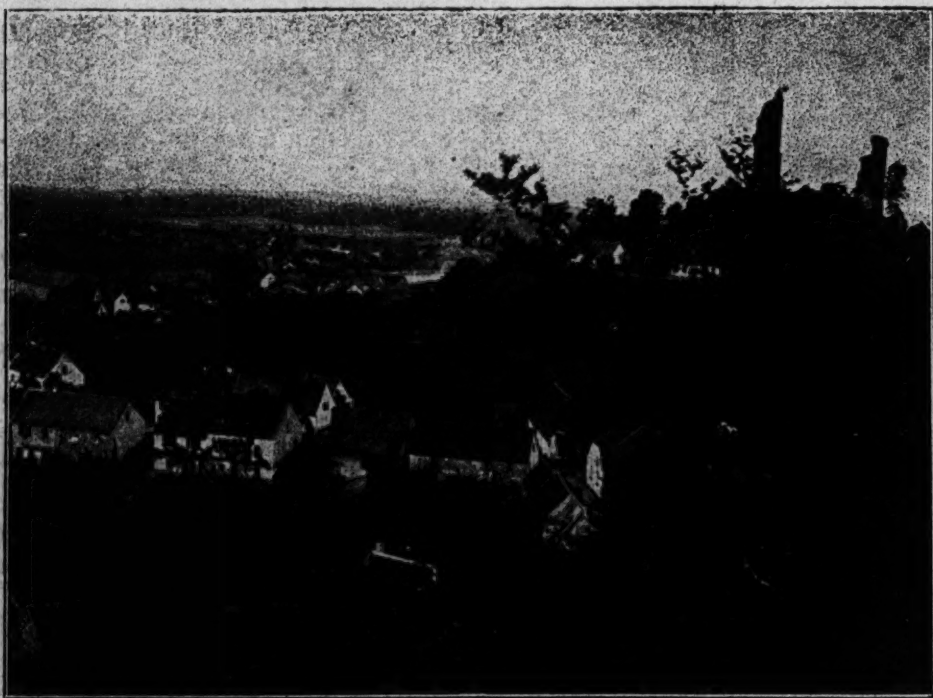
Die Lage der Saarindustrie.

Von Leuten, die aus dem unbesetzten Deutschland das Saargebiet besuchen, hört man häufig die Bemerkung, daß sie erstaunt gewesen seien, die Saarindustrie so blühend zu finden: alle Hochöfen im Betrieb, alle Schornsteine rauchend und emsige Arbeit in allen Werken. Diese Beobachtung trifft auch wohl augenblicklich zu, und dem oberflächlichen Beobachter mag die Lage der Saarindustrie im rosigen Lichte erscheinen. Wer aber tieferen Einblick in die Verhältnisse gewonnen hat, der kann nur mit Sorgen und Bangen der Zukunft entgegen sehen, besonders soweit die weiterverarbeitende Industrie in Frage kommt.

Die Industrie an der Saar war vor dem Kriege fast ausschließlich auf den Absatz in Deutschland angewiesen; nur ein geringer Teil ihrer Erzeugnisse ging nach dem Westen bzw. wurde nach Antwerpen exportiert. Heute wäre die Saarindustrie mehr als je darauf angewiesen, nach Deutschland zu verkaufen, denn Frankreich fällt als Abnehmer fast ganz aus. Einmal, weil das Land für seine neu erworbenen Werke in Lothringen Beschäftigung schaffen muß, dann aber auch, weil Frankreich



Unterburbach. Die Saar mit Gersweilerbrücke.



Kirkel in der Saarpfalz (oben rechts die Kirkeler Ruine).

Sind aber diese letzten Aufträge erledigt und hat Frankreich seine industriellen Werke wieder aufgebaut, dann kommt die hange Frage für die Saarindustrie: Was nun? Woher Arbeit nehmen, wenn die Aufträge infolge Konkurrenzunfähigkeit fehlen? Und dann wird, wenn nicht auf irgendeine Weise neue Absatzmöglichkeiten für die Saarindustrie geschaffen werden können, die einst so blühende Industrie an der Saar — vielleicht abgesehen von den großen Hüttenwerken — langsam aber unaufhaltsam zum Erliegen kommen und der Pleitegeier wird dann schauerlich krächzend auf den toten Essen und den Dächern der öde daliegenden Werke sitzen. —

Sonstige wirtschaftliche Nachrichten.

Die Oberpreisprüfungsstelle Saarbrücken beriet über die Kartoffelversorgung des Saargebietes und kam zu dem Ergebnis, daß ausreichend Kartoffeln zur Verfügung stehen und daß deren Zufuhr ins Saargebiet gesichert erscheint, daß freilich mit einem Preise von 40–50 M. für den Zentner gerechnet werden muß. Die von den verschiedensten Kommunalverbänden bei der Reichsgetreidestelle bestellten 800 000 Zentner werden pünktlich geliefert werden, im Bedarfsfalle sind sogar Mehrlieferungen zugesagt. Das Verkehrsministerium wird alles zur Erleichterung und Verbilligung des Transportes sichern, die Verschiebung der für das Saargebiet bestimmten Sendungen mit allen Mitteln fördern. Die französische Regierung trifft bereits jetzt Vorbereitungen zur Beschränkung der zollfreien Einfuhr saarländischer Waren nach Frankreich, auf den Durchschnitt der 1911–13 nach Elsaß-Lothringen und Frankreich gegangenen Waren (§ 31, Abs. 5 des Saarstatutes). — Wie die Französisch-Saarländische Handelskammer uns mitteilt, hat der Finanzminister entschieden, daß ab 1. November eine Zolldirektion in Metz errichtet wird, und daß die in Lothringen gelegenen Zollbureaus und -brigaden längs der französisch-saarländischen Grenze dieser Direktion unterstellt werden. — Die Handelskammer zu Saarbrücken macht darauf aufmerksam, daß der Delegierte des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Saarbrücken von Verfallsbeschränkungen und Sicherstellungen nur ermächtigt ist, wenn nachträglich die ordnungsmäßigen Bewilligungspapiere beigebracht werden, die spätestens an demselben Tage ausgestellt sind, an dem der Verfall bzw. die Sicherstellung erklärt worden ist.

Die Direktion der Saarbahnen beginnt mit dem Abbau der Verkehrsbeschränkungen. Alle Einschränkungen für die Wagenanforderung und Zuteilung sind aufgehoben, eine Abdrängung des Bahnverkehrs auf die Wasserstraßen hat bahnteilig nicht mehr stattzufinden, ebenso soll eine Zuweisung von Transporten an den Fuhrwerksverkehr, an Klein- und Straßenbahnen nicht mehr erfolgen. — Die Hauptverwaltung der Gebr. Stumm G. m. b. H., Neunkirchen, soll im Frühjahr nach Düsseldorf verlegt werden. Bekanntlich hat diese Firma sehr große rechtsrheinische Interessen erworben. Wie wir hören, ist beabsichtigt, diese Interessen in eine Aktien-Gesellschaft einzubringen unter der Firma Gebrüder Stumm A. G., Düsseldorf. Die Firma Gebr. Stumm wird als Konsortium auf die Kohlegewerks-

chaft König Ludwig in Reddinghausen genannt. Innerhalb des Grubenvorstandes hat eine Beratung stattgefunden, über deren Ergebnis allerdings noch nichts bekannt geworden ist. — Die Gesellschaft für Straßenbahnen im Saartal, A. G., in Saarbrücken ist gezwungen, den Aktionären Mitteilung vom Verlust der Hälfte des Aktienkapitals zu machen. Ende 1919 betrug der Verlust bei 6 Mill. M. Aktienkapital erst 1,40 Mill. M. Auf der Tagesordnung der diesbezüglichen S. B. steht ferner der Antrag auf Zusammenlegung des Aktienkapitals und Beschaffung von Geldmitteln durch Ausgabe neuer Aktien oder Ausgabe einer Anleihe. — Der Schützverein des besetzten Gebietes erhebt Widerspruch gegen die Leitung des Auslandsbriefwechsels über Cleve, Köln und Ludwigshafen, da auf diese Weise der Verkehr zwischen besetztem Gebiet und Saarbrücken völlig unterbunden werden wird. — Die Meguinwerke in Dillingen erhielten von der Stadt Glauchau in Sachsen den Auftrag zur Errichtung eines Benzolwerkes. — Der landwirtschaftliche Beirat bei der Saarregierung fordert die Landwirte auf, Kartoffeln unter den Gestehungskosten zum Preise von 20 M. für den Zentner an die notleidende Bevölkerung abzugeben. — Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Firma Billeroy u. Boch in Mettlach führten zu einer 20-prozentigen Lohnerhöhung. Die

Firma erklärte es für unmöglich, sich für Feierschichten auf bestimmte Sätze festzulegen. — Deutscher Gewerkschaftsbund Saarbrücken hält eine große Versammlung ab, auf der die Lebensmittelfrage behandelt und die Lage des Saargebietes infolge Absperrung von seinen bisherigen natürlichen Versorgungsgebieten als sehr ernst bezeichnet wird. An der ungünstigen Preislage sei vor allem die Entlohnung eines Teiles der Saararbeiterschaft schuld. Eine Herabsetzung der Kohlenpreise wird als das wirksamste Mittel zur Entpannung der Lage bezeichnet. — Eine Kleinbahn mit Güterverkehr zwischen Saarlouis und Kreuzwald wird gebaut. — Der neue Hebammentarif für das Saargebiet ist ohne Verständigung mit den direkt vorangehenden Stellen aufgestellt. — Die Arbeiter der Aktien-Glasküthen St. Inaert und Luisenthal haben die Ablehnung einer 35–60-prozentigen Lohnerhöhung mit passiver Resistenz und einer Vermeidung der Produktion um täglich 50 Prozent klärend beantwortet, worauf die Firma die Arbeiterschaft entlassen hat. Die Glasküthen Deutschlands, ebenso die Metallarbeiter des Saargebietes haben ihre Solidarität mit den Ausgebeuteten erklärt. — Neueintrag am 2. Oktober im Gesellschaftsregister für St. Inaert Band 1 Ziffer 72: „Corona-Zigarettenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit dem Sitz zu Enschheim (Saarpfalz). Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Zigaretten und sämtlichen Tabakprodukten sowie deren Ein- und Verkauf. — Die enorm gestiegenen Grundstückspreise auf dem Ranne Berus lassen sich aus einer vorige Woche hier stattgehabten Versteigerung erkennen. Es wurden für Barzellen in Größe von 18 Ar durchschnittlich Preise von 12 000 M. erzielt. Obwohl der Ranne Berus wie Risten ausschließlich nur erstklassiges Aderland hat, wurden vor dem Kriege nicht mehr wie 1200 M. bis 1500 M. für je 20 Ar bezahlt.

Saarbergbau und Saarindustrie.

Die Förderung der Saargruben. Nach einer Statistik der französischen Grubenerwaltung belief sich im Monat September die Kohlenförderung (ausgelesen und gewaschen) auf den vom französischen Staat ausgebeuteten Saargruben auf 795 267 Tonnen (August 686 042 Tonnen); auf der einer französischen Aktiengesellschaft gehörenden Grube „Frankenhof“ auf 16 043 Tonnen (August 16 638 Tonnen), somit auf insgesamt 811 310 Tonnen (im August 702 680 Tonnen), (im Juli 840 785 Tonnen). Im September betrug die erreichte Ausbeute an Kohle aus den eigenen angegliederten Betrieben 21 037 Tonnen (im August 19 171 Tonnen), an Privats 3764 Tonnen (im August 4193 Tonnen). In den ersten Monaten des Jahres 1920 sind den gesamten Rechen insgesamt 6 892 487 Tonnen gefördert worden. Die offizielle Gesamtförderung der Saar-Kohlengruben im Jahre 1919 erreichte 8 970 848 Tonnen. — Französischen Presse-meldungen zufolge, gedenkt die französische Grubenerwaltung der Saargruben bis Ende dieses Jahres eine Förderleistung von 10 Millionen Tonnen zu erreichen (für die acht ersten Monate überstiegen die Förderung leicht 6 Millionen Tonnen) und hofft im nächsten Jahre die Förderung des letzten Friedensjahres

1912-13 mit ungefähr 13 Millionen Tonnen zu erreichen, eventuell zu überschreiten. Die Belegschaften haben sich von 48 000 auf 70 000 Arbeiter erhöht. Nach dem Urteil der Techniker könnte die Produktion der Saargruben mit Leichtigkeit verdoppelt werden. Im Betriebsjahr 1919 wurden nur 8 970 000 Tonnen gefördert. Die Verringerung der Leistung durch die Einführung des Achstundentages ist weniger bemerkbar in den Saargruben als in den anderen Revieren. Eine aner kennenswerte Tatsache ist ferner, daß die Streikbewegungen das Saargebiet nur wenig berührt haben. Hierzu scheint, so betonen die französischen Presseausführungen, hauptsächlich die Entlohnung in Franken (!) beigetragen zu haben.

Die Ausfuhr der Saarkohle auf dem Wasserwege hat im Monat Dezember eine bisher nicht erreichte Höhe zu verzeichnen. Aus den Häfen von Saarbrücken und Luisenthal wurden insgesamt 118 690 Tonnen verschifft, wovon 52 940 Tonnen nach der Gegend von Nancy, 25 780 Tonnen für Paris, 17 980 Tonnen für Elsaß-Lothringen und der Rest für die Gegenden von Bittvy und Epinal bestimmt waren. Vom 1. bis 10. September wurden 48 950 Tonnen, vom 10. bis 20. September 52 670 Tonnen, vom 20. bis 30. September 56 990 Tonnen abgefertigt. Insgesamt sind im Monat September 401 Kanalschiffe leer angekommen und 417 beladen abgegangen. Da seit dem 1. Oktober auf die Saarkohlen, die auf dem Schienen- oder Wasserweg das Saargebiet verlassen, eine Abgabe von 20 Proz. erhoben wird, hat der Haushalt der Saarregierung, bei einem mittleren Preis von 110 Franken je Tonne, ungefähr 260 900 Franken Kohlensteuer von den Verschiffungen eingenommen, das sind 1 245 600 M. Von den 13,7 Mill. Tonnen Kohle, die in den ersten sieben Monaten 1920 in Frankreich eingeführt worden sind, stammen 2 581 819 Tonnen aus dem Saargebiet.

Die Bergvorschu le in Götterborn, an der seit nunmehr drei Jahren der Unterricht eingestellt war, wurde von der französischen Verwaltung wieder eingerichtet. Mit der Direktion der Schule wurde der langjährige Leiter der Bergschuloberklasse, Herr Lehrer Senzig, betraut. Während dreier Jahre mußten die Bergvorschu ller aus dem nördlichen Teile des Saargebietes die Bergvorschu len in Neunkirchen, Sulzbach oder Luisenthal besuchen, unter Aufwendung von großen Kosten und bedeutendem Zeitverlust. Der bisherige zweijährige Lehrgang ist von nun an dreijährig. Lehrfächer sind Mathematik, Physik, Deutsch, Französisch, Bergbaukunde, Maschinenkunde und Zeichnen.

Grubenunglück in Frankenholz. Auf Grube Frankenholz sind am 15. d. M. durch schlagende Wetter fünf Bergleute (vier aus Frankenholz und einer aus Münchweiler) getötet worden. Die Ursache war das Anschließen eines sogenannten Bläfers, doch erfolgte die Explosion erst fast eine Stunde nach dem Schießen, und zwar gegen 1/6 Uhr. Die Verunglückten haben versucht, die angeschossenen Gase (den „Bläser“) zu löschen, und dabei sind sie von ihrem tragischen Geschick ereilt worden. Drei der Verunglückten sind verheiratet, zwei ledig. Einer der Verheirateten hat sechs, der zweite zwei, der dritte ein Kind unter 14 Jahren als Waisen hinterlassen. Außerdem beweinen noch Kinder über 14 Jahren den Vater und Ernährer.

Der Abschied Bayerns von den Gruben Mittelbergbach und St. Ingbert. Im Staatshaushaltsausschuß hat der bayerische Finanzminister bei Beratung des Bergelats mit bewogenen Worten des Dankes und der Anerkennung von den bisher pfälzischen Gruben Mittelbergbach und St. Ingbert Abschied genommen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Zeitvielleichtwiederkehr wird, in der diese beiden Gruben der Pfalz bzw. Bayern gehören. Der Vorsitzende des Staatshaushaltsausschusses unterstrich diese Dankes- und Anerkennungsworte im Namen des gesamten Ausschusses.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands für das Saarrevier, Pfalz und angrenzende Bergbaubezirke, gibt in seinem Organ der „Bergarbeiter“ folgendes bekannt: Die Mitgliederzahl des Verbandes ist im letzten Halbjahre um 7000 auf 41 341 gestiegen, die Einnahmen von 948 799 M auf 1 063 494 M. Der Verband soll eine neutrale Organisation sein, in der alle Berufsangehörigen Aufnahme finden, ungeachtet ihrer religiösen oder parteipolitischen Zugehörigkeit. In der Hauptsache beschäftigt sich die Tagung mit der Frankenhöhlung und der wirtschaftlichen Lage der Saarbergarbeiter. Als nächste Aufgabe wurde bezeichnet die zeitgemäße Reform des saarländischen Knappschaftswesens und die Schaffung einer neuen Arbeitsordnung für die Saargruben. Ueber diese Frage werden augenblicklich bereits mit der

französischen Grubenverwaltung Verhandlungen geführt. Von der Saarregierung verlangt man in Gesetzgebung und Verwaltung dafür zu sorgen, daß die sozialen Verhältnisse der Saargebietsbewohner gebessert werden, und die Gesetzgebung, wie sie vor November 1918 bestand, nach der materiellen Seite hin einen wesentlichen Fortschritt erfährt. Der erste Bezirksleiter Hettlerich führte u. a. auf der Tagung aus: „Zollabwicklung, Beschaffung von ausreichenden und guten Lebensmitteln, Wohnungsnot, ausreichende Versorgung unserer saarländischen Industrie mit Rohlen, sind Fragen, die gebieterisch der alsbaldigen Erledigung harren, wobei das Allgemeinwohl nicht außer acht gelassen werden darf.“ Als Entgegnung auf die von verschiedenen Seiten gegen die Führer des Verbandes geführten Angriffe wegen ihrer Haltung in der Frankenhöhlung wurde eine Resolution einstimmig angenommen: „Die Revierkonferenz in Vertretung von über 41 000 Saarbergleuten spricht der gesamten Verbandsleitung ihr volles Vertrauen aus und weist die gegnerischen Angriffe zurück, die aus Anlaß der Frankenhöhlung und der Stellungnahme zum Beamtenstreik gegen einzelne Führer gemacht wurden. Die Revierkonferenz steht einmütig hinter den Beschlüssen des internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf und ist gewillt, für die internationale Völkerverständigung ihre besten Kräfte einzusetzen, damit der wüste Haß verwindet, der Europa 4 1/2 Jahre lang in ein Menschenjochthaus verwandelt hat.“

Der Wert des Saarbeckens.

Abdruck aus „Was geht der deutschen Industrie durch die Abtrennung Elsaß-Lothringens und des Saargebietes an Mineralschätzen verloren?“¹

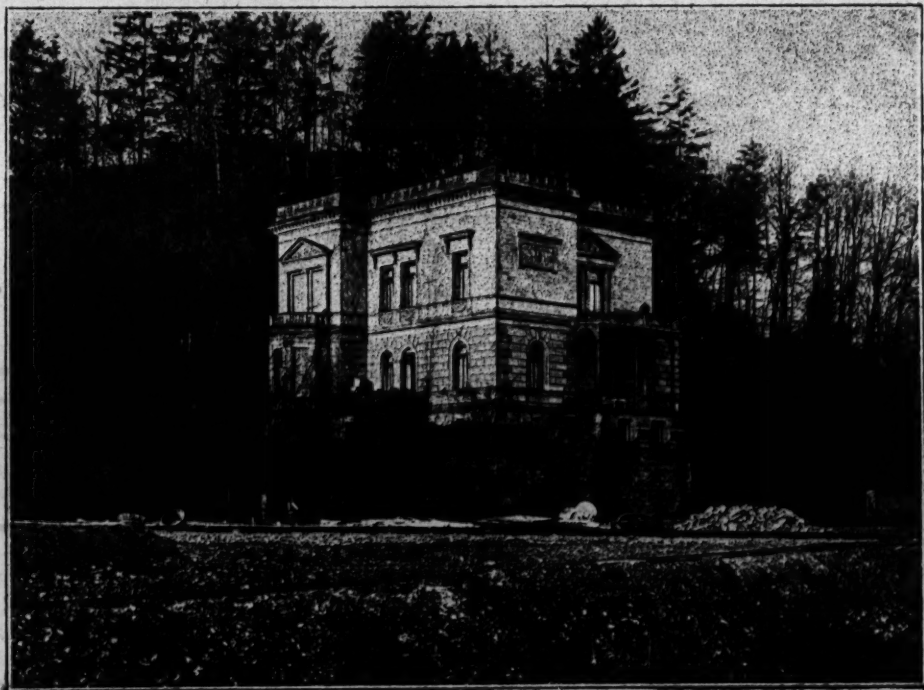
Von Dr. P. Kehler, Privatdozent an der Universität Tübingen.

(Fortsetzung aus Nr. 18 und Schluß)

Die unterste Stufe der Trias bildet hier der mittlere Buntsandstein, ein ziemlich gleichkörniger Quarzsandstein, der stark wasserdurchlässig ist. An seiner oft konglomeratischen Basis sammelt sich daher über dem wenig durchlässigen Karbon das Wasser. Vor Erfindung des Kind-Chaudron'schen Abteufverfahrens und späterhin des Gefrierverfahrens bot das Schacht-abteufen im mächtigeren Buntsandstein daher unüberwindliche Schwierigkeiten. Trotz aller modernen Hilfsmittel konnte aber noch vor wenigen Jahren die Grube Föllschweiler bei St. Avoird den Wasserandrang in ihrem Schachte nicht bewältigen und mußte aufgegeben werden, bevor das Karbon erreicht war. Die Mächtigkeit des Buntsandsteins nimmt zwar nach Südwesten ab; sie beträgt südlich Dudweiler 440 Meter, bei Forbach zirka 300, bei St. Avoird zirka 290, bei Pont-à-Mousson 176 Meter, doch wird die Wasserführung nach Südwest eher größer als kleiner. Bei der Bohrung Eply stiegen 16,3 Kubikmeter artesisch erschlossenen Wassers in der Minute auf.²

¹ Die Schrift ist zu beziehen von der E. Schweizerbarschen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart zum Preise von 4 M.

² van Berckelaere, Die Ergebnisse der geologischen Forschung in Elsaß-Lothringen und ihre Verwendung zu Kriegszwecken. Straßburg 1916.



Beamtenhaus in Beddingen.

Der obere Buntsandstein ist im allgemeinen 40—50 Meter mächtig. Sein Ausgehendes liegt natürlich in der nördlichen und südlichen Mulde wesentlich weiter nach Nordost als auf dem Sattel. Der untere Muschelkalk besteht aus sandigen und kalkigen Schichten, die zusammen im Nordost etwa 43 Meter, im Südwest zirka 30 Meter betragen. Der mittlere Muschelkalk besteht unten aus Ton, oben aus Dolomit, zusammen 40—100 Meter. Auf den tonigen Schichten staut sich das Wasser. Schon hier hatte Folschweiler mit starken Wassereinbrüchen zu kämpfen. Der obere Muschelkalk hat eine Mächtigkeit von 50—70 Meter. Die höheren Schichten des Keupers, Lias und Dogger übergehe ich, da nach dem Mißerfolg von Folschweiler in absehbarer Zeit wohl nicht auch noch durch sie hindurch ein Schacht getrieben werden wird.

Die Vorratsberechnungen des Saarbeckens haben zu recht verschiedenen Resultaten geführt, hier seien deshalb nur die wahrscheinlichsten aufgenommen. Allein aus dem Gebiete der preussischen Berginspektionen sollten 1904 bis zu 1000 Meter Teufe und bei 20 Prozent Abbauperlust noch gewinnbar sein in 1000 To.¹

Magerkohlen	Obere Flammkohlen	Untere Flammkohlen	Fettkohlen
226 081	1 047 315	507 480	1 879 486

zusammen also 3 660 362 000 To.

Bis zur 2000-Meter-Teufe, die technisch jetzt schon zu bewältigen ist, darf man die Zahl wohl ruhig verdoppeln, so daß man über 7 Milliarden Tonnen erhält. Dazu kommt der bayerische und vor allem der lothringische Anteil, der mindestens ebensoviel, wahrscheinlich aber wesentlich mehr Kohle führt. Man erhält also rund 15 Milliarden Tonnen. Nach anderen Angaben stellen sich für das ganze Becken die Zahlen wie folgt:

0—1000 Meter	7 898 600 000 Tonnen
0—1200 „	9 769 000 000 „
0—1500 „	12 582 000 000 „
0—2000 „	16 548 000 000 „

Die Förderung betrug im Jahre 1912 11 413 000 To. mit einem Wert von ungefähr 12 Mt. pro Tonne.

Nur geologisches und historisches Interesse, kein wirtschaftliches haben die altkarbonischen Kohlen des Oberelsaß, die Kohlen von St. Pilt und Rodern, von Dieboldshausen, Le Hury, Laach und Erlenbach, sowie die Kohlenflöze im untern Keuper des Elsaß und Lothringens sowie die Braunkohlen im Cozän von Buchweiler.

Beiträge zur Volkskunde des Saarbrücker Landes.

1. Nachtrag: Bäuerliches Haus und Leben.

Von F. Schön (Anklam).

Das Haus des alten Saarbauern ist 5—10 Meter von der Straße abgelegen. Vor dem Hause ist der Raum für die Wagen, Ackergeräte und den Dunghaufen. Dieser, der Stolz seines Besitzers, läßt von seiner Größe einen berechtigten Schluß ziehen auf den Reichtum des Bauern. Das alte Bauernhaus hat Wohnhaus und Stallung unter einem Dach. Von unten bis oben aus massivem Sandstein erbaut und mit glatten kleinen Ziegeln gedeckt, ist es bei Brandausbrüchen ziemlich widerstandsfähig. Nach Öffnen einer Doppeltür, die in eine obere und untere Hälfte geteilt ist, tritt man in den engen langen Hausflur. Auf der einen Seite liegen die „gute Stube“ nach der Straße, die Küche nach dem Hofe; auf der anderen Seite geht es zu den Ställen und zur Scheune.

In der Küche fällt zuerst der alte „Ragenherd“ auf. Er hat seinen Namen von der Abbildung einer Raze an der Seitenfläche. Manche Herde derselben Bauart tragen auch eine Hirschabbildung. Unter dem erhöhten Wasserkessel ist der gemauerte Backofen für Kuchen und kleineres Gebäck. Davor befindet sich die quadratische Kochfläche. Ein Bauer sagte, er hätte den Ragenherd in der Kochschen Herdfabrik zu Saarbrücken gekauft. Auf dem einzigen richtigen Ragenherd in G. stand „Neunkirchner Eisenwerke“. Neben dem Herd blickt man nach oben in den weiten, offenen, nach oben sich verengenden Rauchschornstein, wo ein einladender Vorrat von Schinken und Speck zu sehen ist. Unter dem Rauchschornstein war früher die einzige Feuerstelle des Hauses. Hier hing an der „Hol“ ein eiserner oder kupferner Kessel, in dem den ganzen Sommer über gekocht wurde. — Erst

nach der Ernte zog sich die Familie in die Stube zurück, wo im Winter auf einem „Windöfchen“ gekocht wurde. Die „Hol“ ist eine 1—2 Meter lange, eiserne Stange mit abwärtsgerichteten Zähnen, in welche ein Hafen zum Verstellen der „Hol“ eingriff. Um diese trauliche Feuerstelle saßen des Abends die Hauseinwohner und die Gäste, die zur „Mai“ kamen, Frauen und Mädchen, die zum Spinnen sich versammelten. Neben oder in der Fensternische ist der Spülstein („Wassastän“) aus Stein oder Gußeisen. Die Pumpe ist entweder im Hofe oder in der Futterküche, das ist ein kleiner Raum neben der Küche, wo in einem eingemauerten Kessel das Viehfutter gekocht und zubereitet wurde. Auf dem „Schüsselschaff“ in der Küche glänzten die alten Teller und Schüsseln aus Zinn, von den Alten geerbt, der Stolz der Hausfrau. Bis vor 20—30 Jahren war es Sitte, den Küchenboden, statt ihn täglich aufzuwaschen, mit feinem, gelbem Sand zu bestreuen, nachdem er vorher ausgefegt und mit dem „Sprenzkrug“ genäßt war. Nur einmal im Jahre wurde die Küche aufgewaschen, das war im Herbst vor der Kirmes, wenn die Küche getüncht wurde. Früher brannte in der Küche nur ein Dellämpchen, ein Behälter aus Zinn mit einem Fuße, manchmal schön verziert.

Die Stube neben der Küche war früher zugleich Schlafzimmer für den Hausherrn und seine Frau. In einer Ecke stand, oft in einer besonderen Nische, das große Bett, durch einen Vorhang verdeckt, das „Himmelbett“. Die Kinder und das Gesinde schliefen oben in den Kammern. Statt Federkopfkissen hatte man Spreukissen, statt der Matratze den Strohhack, von der Bauersfrau selbst gefüllt. Mit dicken, schweren Federbetten bedeckte man sich zu. Die Leintücher waren aus selbstgesponnenem Garn gewebt. Gegenüber von Stube und Küche, auf der anderen Seite des Hausflurs, lagen Scheune und Stallungen.

In den neueren Bauernhäusern liegen Scheune und Ställe wohl mit dem Wohnhaus unter einem Dach, aber von ihm getrennt. Ein besonderer Anbau im Hofe enthält die Schweineställe, die Futterküche und die Gerätekammer. Aus der Küche sind die offenen Rauchschornsteine verschwunden, und an die Stelle des schönen alten Ragenherdes ist der moderne Herd getreten. Das Bett ist aus der Stube in das Schlafzimmer verwießen; überhaupt hat eine moderne Zimmereinrichtung platzgegriffen. Flachs und Hanf werden nur selten mehr angebaut; infolgedessen ist auch das Spinnen im Bauernhaus eine Seltenheit. Der Webstuhl ist der heutigen Generation unbekannt. Keller kannte man früher unter dem Hause nicht.

Die Feldbestellung verlief wie folgt: März—April: Säen des Hafers und der Gerste. April—Mai: Herstellung der Kartoffelfelder; sie werden zuerst „gebrocht“, dann „gerührt“ und geeggt, und schließlich werden die Kartoffeln gesetzt, d. h. gepflanzt. Mai: Säen von Flachs und Hanf, Säen der Runkelrüben („Däwurzeln“); anschließend Fertigstellung der Brachäcker. Anfang Juni werden die Kartoffeln gehäufelt; anschließend wird der Klee gemäht und grün gefüttert oder zu Kleeheu getrodnet; dann beginnt die eigentliche Heuernte (Wiesenheu). Juli: Ernte der Wintergerste und des Roggens, des Weizens und des Hafers. Ausgang Juli werden Flachs und Hanf geerntet und auf den Wiesen gedörri. August: Grummeternte. September: Kartoffelernte. Anfang Oktober: Runkelrüben und Stoppelrüben (Weißrüben). Nach der Ernte werden die Acker herumgepflügt, mit Dung und Jauche gedüngt; dann werden Korn (Roggen) und Weizen gesät. Bei schwerem Boden („Gauboden“) ist die Fruchtfolge auf einem Acker: Korn oder Weizen — Hafer — Brachfeld, bei leichterem Boden: Korn — Kartoffeln oder Gerste — Kartoffeln oder Runkelrüben — Kartoffeln. Im Oktober—November wird Hanf oder Flachs gebrochen, geschwungen und gehebelt. Das „Schwingen“ geschah früher des Abends vor den Häusern, wo sich Mädchen und Frauen zusammenfanden; auch die Burschen stellten sich zur „Mai“ ein („maien“ = besuchen).

Von Sitten und Gebräuchen ist noch folgendes nachzutragen:

Früher wurde auf der Kirmes der „Hammel herausgetanzt“. Heutzutage wird am Kirmessonntag eine Flasche Wein begraben, die nachmittags von dem Kirmesumzug mit Musik, Tanzen und Töhlen abgeholt wird. Voraus wird eine „Badschiff“ getragen, auf der ein Kuchen befestigt ist, und ein mit Bändern geschmückter Baum. (Die „Badschiff“ ist die Holzschaukel, mit der das Brot in den Backofen befördert wird.) Vor Kanalisierung der Saar war es in Güttingen üblich, daß die Buben an Pfingsten die „Saar puzten“, nämlich die Saarfurt, wo man die Saar zu Fuß oder Wagen durchqueren konnte. Später fuhr an dieser Stelle eine Ponte; heute steht dort die Güttinger Brücke. Wenn im Winter die Mädchen und Frauen sich zum Spinnen versammelten, schlichen sich die Burschen in den Hausflur und schütteten hier unter großem Lärm einen Korb mit Scherben aus.

¹ R. Müller in „Der Steinkohlenbergbau des preussischen Staates in der Umgebung von Saarbrücken“.

² Frech, a. a. O. S. 86.

Die Einreise in das Saargebiet.

Zur Klarstellung der Bedingungen für die Einreise in das Saargebiet gibt die Oberste Polizeiverwaltung des Saargebietes folgendes bekannt:

Für Bewohner des besetzten Deutschland genügt zur Einreise ins Saargebiet die Identitätskarte mit dem Interzonen (Dreisprachen)-Stempel versehen. Aus diesem Grunde müssen auch die Bewohner des Saargebietes bei Reisen über die Saargrenze hinaus ihre Identitätskarte mit dem Interzonen-Stempel versehen lassen.

Bewohner des unbesetzten Deutschland müssen zunächst die Einreisegenehmigung einholen und zwar unter Vorlage des deutschen Reisepasses oder eines von ihrer Heimatsbehörde ausgestellten Personalausweises und eines Gesuches mit genauer Angabe des Zieles, Zwecks, Zeitpunktes und der Dauer der Reise. Die Angabe von Referenzen beschleunigt die Erledigung wesentlich. Die Einreichung des Gesuches kann erfolgen an das Abschnittskommando 4 der neutralen Zone in Bad Homburg v. d. Höhe, an das französische Konsulat in Frankfurt a. M., an das für das Reiseziel zuständige Bürgermeisteramt oder an die Regierungskommission des Saargebietes, Oberste Polizeiverwaltung.

Deutsche Treue in Saarländer Briefen.

... Bezüglich der Stimmung im Saarland habe ich während meines dreiwöchigen Aufenthaltes daselbst nicht die besten Eindrücke mitgenommen. Das einzige, was insbesondere die Bergbeamten und Bergarbeiter hochhält, ist der Umstand, daß dieselben in Franken bezahlt werden und wegen des verhältnismäßig hohen Kurses viel Geld in die Hände bekommen. Steiger bekommen z. B. bis etwa 4000 M. monatlich, Bergarbeiter je nach Zahl der Kinder von 120—130 M. täglich! Dagegen sind die Beamten der Eisenbahn, Post, Gericht, Steuer usw. und auch die Nichtbergarbeiter, die in Mark bezahlt werden, auch nach dieser Richtung, also nach jeder Richtung, sehr schlimm daran, denn die Lebensmittel- und sonstigen Preise steigen und fallen wie der Frankenkurs. Sonst hat sich die Bevölkerung einigermaßen damit abgefunden, die Faust in der Tasche zu machen, aber möglichst den Mund zu halten und nur in ganz vertrauten Kreisen vom Deutschtum und über die Schand- und Greuelthaten der Besatzung zu sprechen. Denn leider gibt es auch bezahlte Verräter unter der Saarbevölkerung, die durch Verrat der Landsleute entweder sich Geld oder ein Pöstchen bei den Franzosen verschaffen wollen. Aber über 90 Prozent der Saarbevölkerung denkt und handelt, soweit es geht, deutsch! Die Franzosen haben durch ihr brutales, machthaberisches Handeln einen nie mehr weichenden Haß verpflanzt, der ihnen, und das wollen wir hoffen und wünschen, recht bald zum Verhängnis werden wird.

Von den Saarländer-Vereinigen.

In einer großen Versammlung in München hielt Herr Oberst von Rylander, das seitherige Mitglied der Saar-Grenzregulierungskommission, der mutige, von der Entente geächtete Vertreter der deutschen und der Saar-Interessen einen Vortrag, welcher eine glänzende Aufnahme fand. Acht Monate Aufenthalt im Saargebiet haben dem deutschen Delegierten einen tiefen Einblick in die Not des Volkes verschafft. Es handelt sich nicht allein um materielle, sondern noch mehr um geistige und seelische Not. Das sollten alle Deutschen wissen, die noch kein französisches Bajonett über sich, kein französisches Kriegsgericht gegen sich gehabt haben. Oberst von Rylander hat das Saargebiet kennen und lieben gelernt als schönes und echt deutsches Land. In diesem Staatsgebilde von 3000 Quadratkilometern und 650 000 Einwohnern sind 100 000 Pfälzer eingeschlossen. Keine feste Einheit ist hier zusammengefaßt. Für die Grenzbestimmung hat nur das materielle Interesse der Pariser Großkapitalisten gesprochen. Die Grenzen sind weder historisch noch natürlich. Die Franzosen wollen aber noch weiteres Gebiet dazuraffen. Sie streben an mehr Kohle für ihre Hochöfen, sowie die Wälder und Saarwasserkräfte. Sie wollen auch das wichtigste Gestüt wegnehmen, an dem die ganze Pferdezeit der Pfalz hängt. Das Saarland ist reich an Kohle — 7 Prozent des Kohlenvorkommens —, an Hüttenwerken, an Glas- und keramischer Industrie, an Landwirtschaft. Die Eisenbahnverbindungen sind gut, das Land ist dicht besiedelt. Vernachlässigt sind nur die Wasserverbindungen auf Saar und Mosel. Die Landwirtschaft reicht aber nicht aus. Das Elsaß ist abgeperrt. So kann es nicht wundernehmen, daß in Saarbrücken ein Ei 3 M., ein Pfund Fleisch 20 M. kostet und ein Zentner Kartoffeln für 45 M. kaum zu haben ist. Das Saarland ist aber auch ein schönes

Land und seine Bevölkerung hängt zäh am hergebrachten Alten. Ferndeutsches ist das Land seit geschichtlichen Zeiten. Die Annexion des Saargebietes sei von Anfang an ein Kriegsziel der französischen Politik gewesen. Wohl habe Frankreich weder die Annexion noch das Mandat über das Saargebiet erreichen können, aber es habe die sogen. Regierungskommission erlangt. Unter dem mit Vorbedacht gewählten Elsäßer General Andlauer herrschte eine milde Epoche, nämlich der Gewinnung der Begüterten zur Errichtung einer Notablenherrschaft. Als das mißglückte, kam der „Elsässer“ Wirbel mit einem anderen Regime, mit dem System der Gewalt. Sein Major Richert, der sich rühmte, keine Frau des Saarlandes werde ihm widerstehen (schamlos!), wandte alle Methoden der Gewalt an. Aber auch ihm wurden — von Ausnahmen abgesehen — die Zähne gewiesen. Noch ärger trieb es ein Graf Radailac, der „Lebensmitteldiktator“ des Saargebietes. Dann erst kam die Regierungskommission, deren Wirken Oberst v. Rylander noch verfolgen konnte. Sein Urteil darüber ist ein sehr schlechtes. Die Regierungskommission sei nicht unparteiisch, sondern Frankreich zu Willen. Auch einige deutsche Renegaten unterstütze diese Behörde, die keine Ahnung von den deutschen Gegebenheiten habe, und alle Bestimmungen des Friedensinstrumentes mißachte. Dies alles geschehe unter der Firma des Völkerbundes. Daneben laufe die Propaganda für die Annexion. Es gebe keine Kontrolle durch den Völkerbund, keine durch das Parlament. Selbst Petitionen dürften nicht an den Völkerbund gehen. Verraten und verkauft, ohne Hilfe von oben und unten seien unsere Brüder! Die Kommission arbeite daran, das Saarland politisch, wirtschaftlich und kulturell vom Reiche abzuschneiden. Was politisch nicht gelang, solle wirtschaftlich erreicht werden durch die Frankenwährung, durch den Zoll und durch das Kohlenmonopol. Der deutsche Handel, die deutsche Industrie werden abgeschnürt, auch wenn französisches Kapital darin stecke. Man wolle eben annektieren! Was können wir da tun? Unsere Regierung muß jedem Uebergriff über das Friedensinstrument entgegenreten. Das ist eine Machtfrage. Aber wir bekommen nicht mehr Macht, wenn wir ständig nachgeben. Wir müssen wirken auf den Völkerbund, auch wenn er jetzt nur eine Farce ist. Wir müssen es den Neutralen hinausreißen, was aus dem Saarland geworden ist. Das Reich, der Staat müssen wirtschaftlich großzügig durch Aufträge eingreifen. Wir müssen Handel und Industrie unterstützen. Und mit helfen muß jeder von uns! Das Deutsche Reich muß so gestaltet werden, daß es ein Stolz ist, zum Reich zu gehören! Der Vortrag fand stürmischen Beifall. Herr Oberst von Rylander wird den Vortrag am 22. November in Berlin halten, worauf wir heute schon hinweisen.

□ **Saar-Verein Kassel.** Kürzlich haben sich in Bielefeld die 32 über das Deutsche Reich verstreuten Saar-Vereine mit über 4000 Mitgliedern zu einem Bund zusammengeschlossen, der alle im nicht besetzten Vaterlande wohnenden Saarländer und Freunde des von den Franzosen schwer bedrängten Saargebietes umfassen soll. Als Tagungsort für den nächsten Vertretertag, Anfang 1921, ist Kassel bestimmt worden. Die Mitglieder aus Kassel und Umgegend versammelten sich jeden letzten Montag im Monat, abends von 8 Uhr an, in der „Gastwirtschaft am Friedrichsplatz“, im Gesellschaftszimmer. Dort werden auch jederzeit Beitrittserklärungen angenommen. In der letzten Sitzung wurde über die Bielefelder Tagung eingehend Bericht erstattet. Man beschloß vor allem, vom Hauptgeschäftsführer in Berlin (SW. 11, Königgräzer Straße 94), Ende November einen Werbevortrag halten zu lassen. Das Nähere über Ort und Zeit dieser Veranstaltung wird noch durch Zeitungsanzeigen bekannt gegeben. Neben Oberschlesien befindet sich auch das ebenso wertvolle und wichtige Saargebiet in schwerer Gefahr. Die Franzosen arbeiten dort mit Hochdruck an der Verwüstung des Landes. Um so fester aber hält die dortige ferndeutsche Bevölkerung zusammen, ohne Rücksicht auf religiöse oder Parteizugehörigkeit. Wir im unbesetzten Gebiet tun dasselbe in den Saar-Vereinen. Zur weiteren Aufklärung soll an verschiedenen Stellen die Halbmonatschrift „Saarfreund“ öffentlich ausgelegt werden. Eine wichtige Arbeit besteht auch darin, alle diejenigen festzustellen, die am 10. Juli 1919, dem Tage des Friedensschlusses, im Saargebiet anständig gewesen sind. Denn nur diese haben in 15 Jahren das Recht, über das Schicksal dieses Landes abzustimmen. Mit den Vorarbeiten dazu kann nicht früh genug begonnen werden.

■ **Die Rheinisch-westfälische Saarländer Vereinigung** in Oberhausen veranstaltete am Sonntag, den 31. Oktober, eine große Werbeversammlung, über welche wir in der nächsten Nummer berichten werden.

○ **Die Saarländervereinigung für Groß-Duisburg und Umgegend** hielt am Sonntag abend im großen Saale der Union eine außerordentliche Vereinsversammlung ab. Bericht in nächster Nummer.

Anfragen und Antworten.

F. W. An den Portalen der Rheinbrücke in Ludwigshafen werden gegenwärtig Löcher ausgebrochen. Sie sollen die Aufnahme von Toren vorbereiten, um nötigenfalls die Sperre der Brücke zu erleichtern. Das soll wohl eine Einrichtung werden, um den „deutschen Luftzug“ über den Rhein abzuhalten, meinen Sie böser Mensch? Wenn Sie mit der Vermutung Recht bekommen werden, sind die Herrschaften ob ihres ganz zwecklosen Eifers zu bedauern; denn die herzerfrischende deutsche Gesinnung kann nicht technisch abgedämmt werden, weil sie ein aus aller Herzen hervorkommender, unverfälschter Quell ist.

A. in Duisburg. Einer besonderen Genehmigung für die Sendung getragener Kleidungsstücke bedarf es nicht.

Gefinnungsgenosse in Saarbrücken. Gelt, da waren Sie platt, als Sie den Brief dieses sonderbaren Saarbrücker „Bürgers“ gelesen haben? Das Blatt kennzeichnet den Herrn zutreffend. Damit er das erfährt, was wir ihm von Herzen wünschen, die allgemeine Verurteilung, geben wir seinem Geschreibsel mit der richtigen Randbemerkung des Berliner Blattes auch im „Saarfreund“ Raum. Dasselbe lautet:

Ein „ehemals“ guter Deutscher.

Auf unsern Artikel über die Mißhandlung armer deutscher Kriegsgefangener in französischen Lagern erhalten wir aus Salzungen von einem Herrn Dr. Ernst Liebmann aus Saarbrücken, Eisenbahnstraße 42, einen Brief, voll der gehässigsten Beschimpfungen gegen die deutschen Gerichte. Er schließt seinen Brief mit den Worten:

Ich werde in den nächsten Wochen einen ähnlichen Artikel in französischen und rheinisch-republikanischen Blättern veröffentlichen, da ich als ehemals guter Deutscher den Kampf für die Wahrheit führen werde, und jede Beschmutzung des französischen Staates bekämpfe, und stelle jegliches dahin lautendes Material der französischen Behörde zur Disposition.

... Vielleicht teilen Sie dieses Schreiben gleichfalls Ihren Lesern mit.

Hochachtungsvoll.

Dr. Ernst Liebmann,
Saarbrücken, Eisenbahnstraße 42.

Wir kommen diesem Wunsche des „ehemals“ guten Deutschen gern nach, damit unsere Leser sehen, wie die Leute aussehen, die den Franzosen die Möglichkeit verschaffen, unsere Kriegsgefangenen weiter zu quälen und ihre Barbarei noch mit einem Schein des Rechts zu bemänteln. Wir haben wirklich edle „Landsleute“!

Flüchtlingsfürsorge für die Flüchtlinge und Ausgewiesenen aus dem Saargebiet.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ steht mit dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz wegen der Flüchtlingsfürsorge für das Saargebiet in enger Zusammenarbeit. Der hohen Kosten wegen ist von einer Einrichtung besonderer Fürsorgestellen für das Saargebiet bisher grundsätzlich Abstand genommen worden, zumal im Vergleich zu den anderen besetzten und verlorenen Gebieten des Deutschen Reiches die Zahl der aus dem Saargebiet in Flüchtlingsfürsorge zu übernehmenden Personen eine verhältnismäßig geringere ist. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ging aber auch davon aus, daß für die Flüchtlingsfürsorge vor allen Dingen bestehende Einrichtungen zu benützen sind, um unnötige Verwaltungskosten usw. zu vermeiden. In anerkannter Weise erklärte sich das Zentralkomitee des Roten Kreuzes zu dieser Zusammenarbeit von Anfang an gern bereit, so daß seit fast 1½ Jahren Hand in Hand mit den Fürsorgestellen des Roten Kreuzes die Fürsorge für die Saarländer geregelt und durchgeführt werden konnte.

Ueber das Zusammenarbeiten gibt das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz in seinen „Nachrichten der Vertriebenen-Fürsorge“ nunmehr folgendes bekannt:

a) Zur Orientierung aller Fürsorgestellen wird hierdurch bekanntgegeben, daß die offizielle Uebernahme der Saarländer durch die Preuß. Uebernahmestelle in Frankfurt am Main, Hotel „Germania“, erfolgt. Diese ist auch für die Ausstellung der amtlichen Flüchtlingspapiere zuständig und macht sich notwendigerweise die Verteilung und Weiterleitung der Ausgewiesenen zur Aufgabe. Sollten sich an anderen Orten Saar-

länder ohne die Ausweise von Frankfurt am Main melden, so sind sie bis zum Abschluß in Frankfurt und beim „Saar-Verein“ einzuziehender Erkundigungen vorübergehend zu unterstützen. Der Arbeitsnachweis kann inzwischen in Anspruch genommen werden.“

b) Sämtliche Fürsorgestellen werden gebeten, sich in denjenigen Orten, in welchen sich Saarländer-Vereinigungen oder Vertrauensleute des Bundes „Saar-Verein“ befinden (ein Verzeichnis dieser Orte und der Anschriften der betreffenden Persönlichkeiten wird besonders zugestellt), wegen der Fürsorge (Unterstützung, Arbeitsvermittlung usw.) für ausgewiesene Flüchtlinge oder aus anderen Gründen abgewanderte Bewohner des abgetrennten Saargebietes mit den Saarländer-Vereinigungen in Verbindung setzen zu wollen. Hierdurch soll die Fürsorgetätigkeit in engster Fühlungnahme mit den Saarländer-Vereinigungen aufgenommen und die Möglichkeit weitgehendster Auskunft und zuverlässiger Ermittlungen gegeben werden. Diejenigen Fürsorgestellen, bei welchen sich Saarländer gemeldet haben, werden ersucht, der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, ein genaues namentliches Verzeichnis einzureichen, in welchem der Vorname, Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Stand, letzter Aufenthaltsort und die eingehende Begründung der Abwanderung aus dem Saargebiet angegeben ist. Hierdurch soll für sämtliche Saarländer-Vereinigungen des Deutschen Reiches eine zuverlässige Kontrolleinrichtung geschaffen werden.“

An alle Saarländer-Vereinigungen richten wir hiermit die Bitte, uns in der Durchführung vorstehender Aufgaben in jeder Beziehung unterstützen zu wollen. Geschäftsstelle Saar-Verein.

Saarlied.

Von R. Limberger, 1892.

Ich weiß wohl ein liebliches, freundliches Tal,
Von waldigen Bergen umgeben,
Da blühen die Wellen im Sonnenstrahl,
Es blühen auf den Hügeln die Reben.
Und Dörfer und Städte auf grünender Flur
Und Menschen von fernigem Schlage,
Das ist meine Heimat am Strande der Saar,
Laut preis' ich sie all meine Tage.

Wer einmal gewandert am Ufer der Saar,
Und einmal den Saargebiet getrunken,
Wem einmal die Blicke der Mädchen so klar
In die glühende Seele gesunken,
Der zieht nicht mehr weiter, es sagt ihm so wahr
Das Herz mit gewaltigem Schlage,
Hier ist meine Heimat am Strande der Saar,
Laut preis' ich sie all meine Tage.

O, Saartal, du Kleinod von strahlender Pracht,
Du Grenzmark der deutschen Gefilde,
Wir halten in Treuen wohl über dich Wacht,
Es dient jede Brust dir zum Schilde!
So kling' es denn stolz in die Lande hinaus,
Wenn freudigen Herzens ich sage,
Hier ist meine Heimat am Strande der Saar,
Laut preis' ich sie all meine Tage.

Saarländer-Vereinigung in Berlin.

Am Montag, 22. November d. J., abends 7 3/4 Uhr
im

Kaisersaal des Weinhaus Rheingold
Vortrag

des Herrn Oberst von Eylander-München:

„Die Not des Saargebietes.“

Unsere Mitglieder und Freunde unserer Heimat sind
herzlichst eingeladen.

Der Vorstand.